



Konservative Kommentare Oktober '19

von Peter Helmes

Liebe Leser,

an dieser Stelle veröffentliche ich regelmäßig einmal im Monat meist kritische und bissige Kommentare – aus konservativer Sicht versteht sich – zu Themen bzw. Vorgängen, die in den Medien selten oder gar nicht besprochen oder verzerrt dargestellt werden.

Ich wünsche Ihnen eine spannende Lektüre und freue mich stets über Kritik und Anregungen, die Sie mir direkt (Peter.Helmes@t-online.de) oder an Die Deutschen Konservativen (info@konservative.de) senden können.

Kirche im Umbruch? Bei den Katholiken gärt es heftig – weltweit

Von Peter Helmes

Unruhe in den Bistümern, Amazonassynode, Ehe für alle usw.

Es gärt in der Kirche, (natürlich) nicht nur in dem alten Bistum Trier, sondern auch in vielen anderen Regionen in Deutschland und der Welt. Nicht nur wegen der „Kirchenreform-Pläne“, die oftmals den Namen nicht verdienen. Hier ein Beispiel aus dem Bistum Trier, das die Gläubigen „auf die Palme“ bringt:

Umfrage: Pläne für Bistumsreform kritisch bewertet

[Trier](#) - Die geplante Straffung der Strukturen im Bistum Trier sieht einer Umfrage zufolge die Mehrheit der dortigen Katholiken kritisch. Die Initiative "Kirchengemeinde vor Ort" hatte insgesamt 500 Katholiken im Bistum vom Marktforschungsinstitut abh Market Research online befragen lassen, die Ergebnisse wurden am Freitag in Trier vorgestellt.

Es stimmten den Angaben zufolge beispielsweise etwa zwei Drittel (65 Prozent) folgender Aussage zu: "Zentralistische Strukturen gefährden die Kirchenarbeit in der Gemeinde vor Ort." Ähnlich viele (67 Prozent) stimmten zu, dass Kirchengemeinden nicht gegen ihren Willen aufgelöst werden dürften. Das Bistum kündigte an, die Resultate sichten und bewerten zu wollen. Zuerst hatte die Zeitung "Trierischer Volksfreund" darüber berichtet.

Vorgesehen ist im Bistum Trier, die bisherigen 887 Pfarreien in zwei Stufen abzulösen und durch 35 Großpfarreien mit gut 170 Pfarreiengemeinschaften zu ersetzen. In einem ersten Schritt sollen Anfang 2020 die ersten Einheiten an den Start gehen, weitere Großpfarreien sollen spätestens bis Anfang 2022 folgen. Der Neuzuschnitt ist Teil eines Reformpakets, das eine Synode Ende April 2016 für das Bistum beschlossen hat - auch angesichts sinkender Priester- und Mitgliederzahlen. Vorgesehen sind auch Änderungen in der Arbeitsweise der Gremien und bei der Vermögensverwaltung.

Die nun vorgestellte Online-Befragung ist den Angaben zufolge repräsentativ für die 1,3 Millionen Katholiken des Bistums, das Teile von [Rheinland-Pfalz](#) und dem Saarland sowie die Exklave Kirchen/Sieg umfasst. Die Befragten konnten bei einer ganzen Reihe vorformulierter Statements wählen, ob sie zustimmen oder nicht zustimmen und auch die Option "weiß nicht/Neutral" angeben.

Auf die Frage, ob sie sich ganz konkret mit den Aktivitäten des Bistums Trier beschäftigen, antworten 42 Prozent der Befragten mit Ja. 63 Prozent der Befragten hatten von den Plänen für den Neuzuschnitt gehört. Der Aussage "Wenn 887 Pfarrstellen zu 35 Großpfarreien zusammengelegt werden sollen, fehlt die Nähe und Gemeinschaft zur [Kirche](#)" stimmten etwa 77 Prozent zu.

Das Bistum teilte mit, sich inhaltlich noch nicht äußern zu können, weil Ergebnisse und Methodik der Befragung noch nicht bekannt seien. Es sei klar, dass die vorgesehenen Veränderungen Konflikte, Kritik und Spannungen mit sich brächten. "Diese Kritik ist auch durch die Rückmeldungen im kirchenrechtlich vorgesehenen Anhörungsverfahren zur Umsetzung der Synodenergebnisse deutlich geworden." In einigen Punkten hätten Rückmeldungen zu Korrekturen geführt, schrieb das Bistum. Es hatte im April eine Anhörungsphase zur Strukturreform gestartet. Bis Ende Mai konnten amtierende Gremien und angeschriebene Personen Stellungnahmen zu den Plänen abgeben. Zuvor waren laut Bistum über 5000 Gremienmitglieder bei Infoveranstaltungen darüber informiert worden. (Quelle: dpa/lrs, direkt aus dem dpa-Newskanal)

Die Amazonassynode und die Frage, wohin Papst Franziskus steuert

Wie schon mehrfach von mir aufgegriffen, verstört etwas anderes die katholische Kirche viel mehr, und zwar von Grund auf. Gemeint ist Papst Franziskus selbst, der – je nach Wetter oder Laune oder „göttlicher Eingebung“ – mal als Reformier, mal als Bremser auftritt.

In Fragen der Abtreibung zum Beispiel ist er (Gottseidank) Bremser und Mahner, in anderen wichtigen Fragen jedoch von allen guten Geistern, vor allem dem Hl. Geist verlassen: Er befürwortet z.B. die Annäherung an den Islam, öffnet die Kirchentüren für Moslems und verlangt die bedingungslose Aufnahme der Flüchtlinge aus aller Herren Länder. Die Liste der Unsagbarkeiten dieses Papstes hat fast kein Ende. Und nun auch das noch:

Die „Amazonassynode“

Da braut sich was zusammen, dessen Ende wir nur ahnen können: Eine neue Kirche wird entstehen, wenn die Pläne Wirklichkeit werden. Lesen Sie, was Fachleute der katholischen Nachrichtenagentur „Catholic News Agency (CNA)“ hierzu sach- und fachkundig schreiben:

Amazonassynode Teil I: Alles, was Sie wissen müssen



(Monsignore David Martínez, Sondersekretär für die Amazonassynode, und Papst Franziskus bei einem Besuch in Peru)

Am Wochenende (5./6.10.19) begann in Rom die Bischofssynode für Amazonien, die vom Papst einberufen wurde, um „neue Wege für die Evangelisierung dieses Teils des Volkes Gottes“ zu finden. Das *Instrumentum Laboris*, das am 17. Juni veröffentlicht worden war, stieß jedoch auf Kritik.

Hier einige Informationen zur bevorstehenden Amazonassynode:

1. Wann begann die Amazonassynode?

Die Synode begann am 6. Oktober und endet am 17. Oktober. Sie steht unter dem Titel „Neue Wege für die Kirche und für eine ganzheitliche Ökologie“.

2. Papst Franziskus gab das Ziel der Synode an

Am 15. Oktober 2017 hat Papst Franziskus die Synode angekündigt und erklärt, ihr Hauptziel sei „neue Wege für die Evangelisierung dieses Teils des Volkes Gottes zu finden, besonders für die indigene Bevölkerung, die oft vergessen wird und keine Perspektive auf eine gute Zukunft hat, auch infolge der Krise des amazonischen Regenwaldes, der eine Lunge von sehr großer Bedeutung für unseren Planeten ist.“

Der Papst erklärte, er habe diese Synode einberufen als Antwort auf den Wunsch einiger Bischofskonferenzen Lateinamerikas und auf die Stimme verschiedener Hirten und Gläubigen aus anderen Teilen der Welt.

3. Wer nimmt an der Synode teil?

An der Synode werden Bischöfe aus jenen neun Ländern teilnehmen, deren Regionen zum Teil zum Amazonasgebiet gehören: 4 Bischöfe aus den Antillen, 12 aus Bolivien, 58 aus

Brasilien, 15 aus Kolumbien, 7 aus Ecuador, 11 aus Peru und 7 aus Venezuela. Dazu kommen 13 Präfekten aus Dikasterien der römischen Kurie, 33 direkt vom Papst ernannte Mitglieder, 15 von der Vereinigung der Generaloberen gewählte Mitglieder, 19 Mitglieder des Präsynodalen Rates, 25 Experten, 55 Hörer und Hörerinnen, 6 Delegaten anderer Kirchen und 12 besondere Gäste. (Die vollständige Liste der Teilnehmer finden Sie hier: <http://press.vatican.va/content/salastampa/it/bollettino/pubblico/2019/09/21/0723/01479.html>)

4. Das Arbeitspapier enthält 21 Kapitel

Das *Instrumentum Laboris*, das vom Präsynodalen Rat verabschiedet worden war, wurde am 17. Juni veröffentlicht.

Das Dokument enthält in drei Teilen 21 Kapitel mit insgesamt 147 Artikeln. Die drei Teile widmen sich den folgenden Themen: „*Die Stimme Amazoniens*“, verstanden als ein Hören auf dieses Gebiet; „*Ganzheitliche Ökologie. Der Schrei der Erde und der Armen*“ und „*Eine prophetische Kirche in Amazonien: Herausforderungen und Hoffnungen*“.

Laut Angaben der Verantwortlichen für dieses Dokument sei dessen Ziel, die pastorale Situation Amazoniens darzustellen und neue Wege für eine intensivere Evangelisierung aufzuzeigen. Außerdem sei es, in Anlehnung an die Enzyklika *Laudato Si*, als eine Betrachtung zu den ökologischen Problemen, die diese Region betreffen, verfasst worden.

5. Das *Instrumentum Laboris* empfiehlt, verheiratete Männer zu weihen

Das *Instrumentum Laboris* bestätigt, dass „der Zölibat ein Geschenk für die Kirche ist“. Trotzdem wird u.a. die Möglichkeit empfohlen, in den entlegensten Gebieten ältere verheiratete Männer, sogenannte „*Viri probati*“ zu Priestern zu weihen.

Unter Punkt 129 erklärt das Dokument, man solle „im Blick auf die entlegensten Gebiete der Region die Möglichkeit zu prüfen, ältere Menschen zu Priestern zu weihen. Diese Menschen sollten vorzugsweise Indigene sein, die von ihrer Gemeinde respektiert und akzeptiert werden. Sie sollten geweiht werden, obwohl sie schon eine konstituierte und stabile Familie haben, mit dem Ziel, die Spendung der Sakramente zu sichern, die das Leben der Christen begleiten und stützen.“

Das Kirchenrecht für die lateinische katholische Kirche verbietet die Priesterweihe von verheirateten Männern. Eine Ausnahme stellt die Weihe von Hirten der anglikanischen oder protestantischen Kirche dar, die zum Katholizismus konvertiert sind.

Trotz der Stimmen zugunsten des unter Punkt 129 aufgeführten Vorschlags hat Papst Franziskus in einem Interview mit der italienischen Tageszeitung „*La Stampa*“ versichert, dass die Möglichkeit, verheiratete Männer zu Priestern zu weihen, kein wichtiges Thema der Synode sei. „Ganz sicher nicht: Es ist einfach eine Nummer im *Instrumentum Laboris*. Das Wichtigste werden jene, die die Evangelisierung durchführen und die verschiedenen Arten der Evangelisierung sein“, erklärte er.

6. Polemik über die Möglichkeit eines Diakonats für Frauen.

Das Arbeitspapier empfiehlt auch, dass man „im Wissen um die tragende Rolle, die Frauen heute in der Kirche Amazoniens wahrnehmen, ein offizielles Dienstamt bestimmen müsste, das Frauen anvertraut werden kann.“

Monsignore Fabio Fabene, Untersekretär für die Bischofssynode, betonte den Aufruf des Dokumentes für neue Dienste für Laien:

„Diesbezüglich fragt man sich, welches offizielle Dienstamt den Frauen verliehen werden könnte“ so Monsignore Fabene in einer Pressekonferenz im Vatikan am 17. Juni. Daraufhin erklärte er, dass „das Dokument nicht von einem weiblichen Diakonat spricht. Der Papst hat sich zu diesem Thema anlässlich der Versammlung der Generaloberinnen geäußert und erklärt, dieses Thema bedürfe weiterer Studien.“

„Die 2016 eingerichtete Studienkommission ist in der Tat nicht zu einer einheitlichen Meinung zu diesem Thema gekommen.“

„Nichts wird mehr sein wie zuvor“.

Trotzdem hat Franz-Josef Overbeck, Bischof von Essen und Präsident der Kommission für Lateinamerika des deutschen Episkopats, am 2. Mai erklärt, nichts werde mehr wie zuvor sein nach der Amazonassynode, die die Rolle der Frau in der Kirche, die Sexualmoral, die Rolle des Priestertums und die gesamte hierarchische Struktur der Kirche überdenken werde.

Der Bischof hat auch öffentlich den Streik einiger Frauen gegen die katholische Kirche in Deutschland unterstützt, der von einer Gruppe von Frauen nach dem „Nein“ zum Diakonat der Frau durch Papst Franziskus einberufen worden war.

7. Einwände renommierter Kardinäle gegen das „Instrumentum laboris“

Im Juni 2019 äußerte der deutsche Kardinal Walter Brandmüller seine Einwände gegen das Arbeitspapier unter dem Titel „Eine Kritik des Instrumentum Laboris für die Amazonassynode“.

Er erklärte, es handle sich um einen „häretischen“ Text, der eine „Apostasie“ darstelle und der deshalb „mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen werden müsse.“

„Es ist mit Nachdruck festzuhalten, dass das ‚Instrumentum laboris‘ in entscheidenden Punkten der verbindlichen Lehre der Kirche widerspricht, und darum als häretisch zu qualifizieren ist. Sofern sogar die Tatsache der Göttlichen Offenbarung in Frage gestellt bzw. missverstanden wird, ist darüber hinaus von Apostasie zu sprechen.“

Der Kardinal schrieb, dass, was die Themen betrifft, „drei Viertel des Instrumentum Laboris allenfalls am Rande mit dem Evangelium und der Kirche zu tun haben.“

Im Juli führte auch der deutsche Kardinal Gerhard Müller seine Einwände zum *Instrumentum Laboris* an.

In einer Analyse auf *CNA deutsch* und in anderen Medien wies der ehemalige Präfekt der Kongregation für die Glaubenslehre auf die Ambivalenz in der Bestimmung der Begriffe und Ziele des Dokumentes hin. Des Weiteren erklärte er, der Text stelle eine „radikale Kehrtwende in der Hermeneutik der katholischen Theologie“ dar.

Der venezolanische Kardinal Jorge Urosa befasste sich ebenfalls in drei Artikeln mit dem Für und Wider des Instrumentum Laboris. Ebenso der emeritierte Bischof von Marajó (Brasilien), Monsignore José Luis Azcona, der zwischen 1987 und 2016 in dieser Diözese in Amazonien tätig war und in mehreren Artikeln vor den Mängeln des Arbeitspapiers der Amazonassynode warnte. (Quelle: Von CNA Deutsch/EWTN News *), *zuerst veröffentlicht bei ACI Prensa. Übersetzt aus dem Spanischen von Susanne Finner.*

*) **Zur CNA:** Seit 2004 ist die Catholic News Agency (CNA) einer der am schnellsten wachsenden katholischen Nachrichtendienste der englischsprachigen Welt. Die CNA wurde gegründet um dem Ruf des heiligen Papstes Johannes Paul II. sowie seiner Nachfolger nach einer "Neu-Evangelisierung" Folge zu leisten. Die Catholic News Agency bietet allen Menschen mit Zugang zum Internet aktuelle und kostenlose Nachrichten über die katholische Kirche in aller Welt, insbesondere über die neuesten Aussagen des Papstes und aktuelle Ereignisse am Heiligen Stuhl.

In der kath. Kirche gärt es: Informationen zur Amazonassynode (Teil II)

Teil II (Analyse): Vor dem Auftakt der Amazonas-Synode ist die Stimmung in Rom geladen

Am Wochenende (5.10.19) begann im Vatikan die Amazonas-Synode. Die Stimmung ist geladen. Auslöser dafür ist einmal das „Instrumentum Laboris“, das Arbeitspapier der Synode, gegen das massive Bedenken vorliegen. Ein weiterer ist der parallel angelaufene „verbindliche Synodale Weg“ deutscher Bischöfe und ZdK-Funktionäre. Doch dahinter liegt – nicht nur bei Bischöfen – eine wachsende Sorge über die Einheit der Kirche und den Umgang mit der Lehre Jesu Christi.

Papst Franziskus selbst hat ein drohendes „Schisma“ zum Thema gemacht – und gesagt, er habe „[keine Angst davor](#)„. Vielen Katholiken bereitet genau das jedoch Sorge. In Rom haben deshalb vor dem Synoden-Auftakt führende Theologen – darunter mehrere Ratzinger-Preisträger – ebenso wie prominente Kardinäle an das Weiheamt und die Sakramentalität erinnert. Aus diesen heraus ist erst der Zölibat – die Ehelosigkeit – zu verstehen, bekräftigten etwa [Professorin Marianne Schlosser](#) und [Professor Karl-Heinz Menke](#). Ganz abgesehen von der längst beantworteten Forderung, Frauen zu Priester zu weihen.

Die beiden **Ratzinger-Schülerkreise** entschlossen sich angesichts der Situation zu einem **historischen Schritt**: Sie veranstalteten zum ersten Mal öffentlich ein Symposium – und veröffentlichten danach einen [gemeinsamen Aufruf](#), der deutlich und – im Gegensatz zu manch anderem „Memorandum“ – wohlbegründet Stellung bezog. Andere haben zum **Gebet und Fasten** aufgerufen – darunter Kardinal **Raymond Leo Burke** und Weihbischof **Athanasius Schneider**. Und der Präfekt der Bischofskongregation, Kardinal **Marc Ouellet**, stellte am Mittwoch gleich ein eigenes neues Buch vor, in dem er **den Zölibat erklärt** und verteidigt.

Angesichts der Herausforderungen der Kirche solle man nicht nach schnellen Lösungen greifen, sondern versuchen, das Verständnis für die ununterbrochene Tradition des priesterlichen Zölibats im lateinischen Ritus zu vertiefen, so Ouellet.

Sein Buch [Friends of the Bridegroom: For a Renewed Vision of Priestly Celibacy](#) – auf Deutsch: „Freunde des Bräutigams: Für eine erneuerte Sicht auf den priesterlichen Zölibat“ – wurde am 2. Oktober im Vatikan vorgestellt. Die englische Fassung wird von [EWTN Publishing](#) verlegt.

Ouellet sagte vor Journalisten bei einer Präsentation in Rom am 2. Oktober, dass er „**skeptisch**“ gegenüber der Idee sei, im Amazonasgebiet ältere, verheiratete Männer – sogenannte „*viri probati*“ – zum Priester zu weihen.

Kardinal Ouellet ist auch Präsident der **Päpstlichen Kommission für Lateinamerika**. In diese Position und als Leiter der Kongregation für die Bischöfe wurde er 2010 berufen. Bevor er Bischof wurde, verbrachte Ouellet Jahre damit, an **Seminaren in Rom und Südamerika** zu unterrichten.

Der 75-jährige Kardinal aus Kanada sagte, er habe Franziskus zwei Exemplare des Buches gegeben, und **der Papst sei froh**, dass er sich in der Debatte einbringe.

In einem Interview mit „EWTN News Nightly“ am 1. Oktober erklärte Ouellet, dass es **viele Gründe** gibt, warum er das Buch geschrieben hat, aber einer davon war seine Erfahrung in der Arbeit mit Priestern und in der Ausbildung.

Mit seinem Buch erinnere er zudem **an die Sakramentalität der Kirche**, so der Präfekt der Bischofskongregation.

Weiheamt und die Sakramentalität in Form der Realpräsenz waren auch Thema einer [aufseherregenden Predigt](#) von Kardinal **Robert Sarah** im Petersdom am vergangenen Wochenende. Zeitgleich trafen sich, wenige Meter weiter, die **Ratzinger-Schülerkreise** zum genau gleichen Thema.

Mittlerweile versuchte der Generalsekretär der Synode, Kardinal **Lorenzo Baldisseri**, die massiven Bedenken zu auszuräumen, die bereits gegen das „Arbeitspapier“ erhoben wurden, das ja Grundlage der Beratungen der Synodenteilnehmer ist. Baldisseri sagte vor Journalisten, das Arbeitspapier sei nur **als Anregung** gedacht.

Aber nicht wenige Journalisten kratzten sich nach diesen Aussagen am Kopf. Auf das eigentliche Thema – die Vorbehalte gegen das Arbeitspapier – sei Baldisseri nicht eingegangen: Weder auf die Bedenken von einzelnen [Priestern](#) und [Bischöfen im Amazonasgebiet](#), die sagen, dass das Vorbereitungspapier völlig an den **Realitäten Amazoniens** vorbeigeht. Noch habe der [scheidende](#) Generalsekretär auf die Vorwürfe des Risikos von **Häresie** und **Apostasie** geantwortet, welche – unter anderem – die Kardinäle [Walter Brandmüller](#) und [Gerhard Ludwig Müller](#) angemeldet haben.

Offen bleibe vor allem die eigentliche Frage: **Cui Bono?** Warum das Ganze? Wie sinnvoll und konkret ein Arbeitspapier tatsächlich sein kann, dass aus Sicht von [Seelsorgern](#) vor Ort [nicht der Situation im Amazonas](#) gerecht wird, und aus Sicht von Experten wie dem ehemaligen Präfekten der Glaubenskongregation nicht mit der Offenbarungslehre übereinstimmt, muss **sich nun zeigen**. Nicht nur Kardinal Ouellet ist da skeptisch.

Einig sind sich alle Beobachter indessen über eines: Die Synodenväter – neben Vertretern aus der Region eine handverlesene Gruppe, zu der Personen wie der dem Papst nahestehende Jesuitenpater **Antonio Spadaro** gehören, aber auch prominente Vertreter eines „**verbindlichen Synodalen Wegs**“ in Deutschland wie Kardinal **Reinhard Marx**, stehen damit vor einer in mehrfacher Hinsicht gewaltigen Herausforderung.

Ein weiteres Schreiben wie **Amoris Laetitia**, das „heillose Verwirrung gestiftet“ habe und nach wie vor einer Klärung bedürfe, zumal es widersprüchlich [ausgelegt wird](#) – auch von Diözese zu Diözese in Deutschland: Das wäre ein denkbar schlechtes Resultat, so zwei Insider in Rom gegenüber CNA Deutsch. Versuche, davon abzulenken – sei es durch Versuche einzelner Bischöfe, „Trittbrettfahrer“ bei „Klimastreik“-Aktivisten zu spielen, oder durch das

Bewundern indigener Rituale – würden das „nur schlimmer machen“. (Autor: AC Wimmer, CNA *
- Informationen zur CNA siehe oben, Teil I)

Amazonassynode Teil III: Der „Synodale Weg“ – Vertiefung oder Verwässerung des Glaubens?

Etliche deutsche Bischöfe hegen und schüren die Hoffnung, dass im Zuge der Beratungen auf dem „Synodalen Weg“ Vorschläge erarbeitet werden, die weltkirchlich Beachtung finden könnten. Kardinal Reinhard Marx hat diese Erwartung am Ende der Vollversammlung der Bischofskonferenz in Fulda in seinem Statement [präzise artikuliert](#): „Es wird keinen deutschen Sonderweg ohne Rom bei weltkirchlich relevanten Fragen geben. Aber wir sind bereit, Diskussionsbeiträge für die Weltkirche zu liefern.“

Einige Themen, Wünsche und Forderungen sind seit der „Würzburger Synode“ bekannt. Andere Fragen werden als Möglichkeiten diskutiert – so etwa eine kirchliche Segnung homosexueller Personen, die in Lebensgemeinschaften [verbunden sind](#). Die Lehre der Kirche aller Zeiten und Orte zu diesen und anderen Themenbereichen sollte oder könnte hinreichend bekannt sein. Bestehende Defizite in der Verkündigung, der Frohen Botschaft wie der Lehre, scheinen der Mehrheit der Bischöfe offenbar nicht als Mangel bewusst zu sein. Sonst wäre zumindest additiv zu den bestehenden Gesprächsgruppen ein Forum „Evangelisierung“ möglich gewesen. So aber werden vorwiegend Fragestellungen erörtert, die den Wünschen der etablierten katholischen Verbände und Laienorganisationen entsprechen – mit der Erwartung, dass in Rom und in der Kirche überhaupt später darüber vertieft nachgedacht werden könnte.

Bemerkenswert in diesem Zusammenhang eine Reflexion, die der renommierte Augsburger Kirchenhistoriker Jörg Ernesti nahezu beiläufig in seinem neuen, ausgesprochen lesenswerten Buch über Papst Leo XIII. anstellt, eine allgemein formulierte These, die wie eine staunenswerte Analyse wirkt. Ernesti schreibt dort:

„In der vatikanischen Lehrverkündigung gibt es einen Topos, der auf Außenstehende seltsam wirken mag. Neuerungen werden nie so genannt, sondern als organische Entwicklung und Fortschreibung der Tradition beschrieben. In dieser Logik gibt es keine historischen Brüche, sondern nur Kontinuität.“ (Jörg Ernesti: Papst Leo XIII. Papst und Staatsmann, Verlag Herder/Freiburg im Breisgau 2. Aufl. 2019, 172) Diese These erstaunt und verblüfft. Ernesti bezieht sich dann auf das Wirken Leos XIII. zu seiner Zeit.

Wir wissen heute: Der Papst erkannte die Bedeutung der katholischen Soziallehre und förderte diese. Zudem sprach er sich energisch gegen Rassismus aus. Bestimmte Themenfelder werden erst mit der Zeit bekannt und erfordern eine Positionierung des kirchlichen Lehramtes. Das mag auf Außenstehende und auch auf kirchlich gebundene Menschen heute revolutionär wirken, aber handelt es sich um eine substanzielle, grundsätzliche Neuerung oder um einen Bruch mit der bestehenden Lehrverkündigung?

Insbesondere Papst Benedikt XVI. hat als Theologe des Konzils beharrlich auf die „Hermeneutik der Reform“ hingewiesen, so in der [Weihnachtsansprache](#) vor der Römischen Kurie im Jahr 2005:

„Die Frage taucht auf, warum die Rezeption des Konzils in einem großen Teil der Kirche so schwierig gewesen ist. Nun ja, alles hängt ab von einer korrekten Auslegung des Konzils oder

– wie wir heute sagen würden – von einer korrekten Hermeneutik, von seiner korrekten Deutung und Umsetzung. Die Probleme der Rezeption entsprangen der Tatsache, daß zwei gegensätzliche Hermeneutiken miteinander konfrontiert wurden und im Streit lagen. Die eine hat Verwirrung gestiftet, die andere hat Früchte getragen, was in der Stille geschah, aber immer deutlicher sichtbar wurde, und sie trägt auch weiterhin Früchte.

Auf der einen Seite gibt es eine Auslegung, die ich »Hermeneutik der Diskontinuität und des Bruches« nennen möchte; sie hat sich nicht selten das Wohlwollen der Massenmedien und auch eines Teiles der modernen Theologie zunutze machen können. Auf der anderen Seite gibt es die »Hermeneutik der Reform«, der Erneuerung des einen Subjekts Kirche, die der Herr uns geschenkt hat, unter Wahrung der Kontinuität; die Kirche ist ein Subjekt, das mit der Zeit wächst und sich weiterentwickelt, dabei aber immer sie selbst bleibt, das Gottesvolk als das eine Subjekt auf seinem Weg. Die Hermeneutik der Diskontinuität birgt das Risiko eines Bruches zwischen vorkonziliarer und nachkonziliarer Kirche in sich.“

Benedikt schreibt weiter:

„Das Zweite Vatikanische Konzil hat durch die Neubestimmung des Verhältnisses zwischen dem Glauben der Kirche und bestimmten Grundelementen des modernen Denkens einige in der Vergangenheit gefällte Entscheidungen neu überdacht oder auch korrigiert, aber trotz dieser scheinbaren Diskontinuität hat sie ihre wahre Natur und ihre Identität bewahrt und vertieft. Die Kirche war und ist vor und nach dem Konzil dieselbe eine, heilige, katholische und apostolische Kirche, die sich auf dem Weg durch die Zeiten befindet; sie »schreitet zwischen den Verfolgungen der Welt und den Tröstungen Gottes auf ihrem Pilgerweg dahin« und verkündet den Tod des Herrn, bis er wiederkommt (vgl. *Lumen gentium*, 8).“

Damit hat Papst Benedikt deutlich gemacht, dass eine sichtbar gewordene „scheinbare Diskontinuität“ nicht zu schwerwiegenden Irritationen führen sollte und eingebettet ist in die Gestalt der Kirche, die als Ganzes, als Stiftung Jesu Christi, sie selbst war und geblieben ist. Unbestreitbar bleibt, dass es Irrtümer und Missverständnisse gibt und geben wird und dass Mensch und Welt unter der „Knechtschaft der Sünde“ (*Gaudium et spes*, 2) stehen. Die „Zeichen der Zeit“ zu erkennen und diese im „Lichte des Evangeliums“ (*GS*, 4) zu deuten, bedeutet nichts anderes als das, was gesagt ist. Darum gilt es, sich selbst zu bekehren und die Frohe Botschaft in der Welt von heute zu verkünden. Das ist niemals ein Signal, das eine Anpassungsbewegung bewirken soll, aus der – wie auch immer – eine modernisierte Kirche mit einer erneuerten Lehre hervorgeht, sondern ein Aufruf zur Evangelisierung und zur Vertiefung, nicht zur Verwässerung des Glaubens.

So dürfte mit Blick etwa auf die Enzyklika „*Humanae vitae*“ des heiligen Pauls VI. ein vertieftes Verständnis erforderlich sein – und nicht eine neue Auflage gemäß einer neuen Morallehre, die dann als zeitgemäß ausgegeben wird oder naturwissenschaftlich legitimiert erscheint. Niemand wird die Teilnehmer des „Synodalen Weges“ daran hindern können, Vorschläge und Wünsche zu erarbeiten, die im Gegensatz zur Lehre der Kirche stehen. Niemand wird Weltchristen, Theologen oder Bischöfen untersagen können, deutsche Antworten und Vorschläge nach Rom zu senden, heute oder in ein paar Jahren.

Niemand aber wird auch einfach gläubige Katholiken – in Deutschland und anderswo – daran hindern können, dem Papst und der Lehre der Kirche aller Zeiten und Orte treu zu bleiben.

Niemand wird auch alle diejenigen, die mit Sorge den „Synodalen Weg“ beobachten werden, am Gebet für die Erneuerung der Kirche in Christus hindern. Das Beten mit der Kirche ist uns aufgetragen. Auch der Regensburger Bischof Rudolf Voderholzer hat dies in [seiner Erklärung in Fulda](#) so formuliert:

„Ich hoffe und bete, dass der Synodale Prozess trotz der meines Erachtens falschen Weichenstellungen eine wahre Erneuerung der Kirche herbeizuführen hilft.“

(Autor: Thorsten Paprotny, CNA *) - Informationen zur CNA siehe oben, Teil I)

KOALITION FÜR DAS LEBEN und 40 TAGE FÜR DAS LEBEN in Frankfurt am Main und München im Frühjahr 2019

www.conservo.wordpress.com

Von Peter Helmes

Bekenntnis zum Christentum

Der kroatisch-stämmige Frankfurter Rechtsanwalt **Tomislav Cunovic** ist schon mehrfach durch mutige Initiativen zum Bekenntnis für das Christentum und z. B. gegen die Tötung ungeborenen Lebens bekannt geworden.

Heute weist er mich auf eine Initiative hin, die ich gerne unterstütze und zu der ich um rege Beteiligung bitte. Cunovic schreibt:

„Die „Koalition für das Leben“ präsentiert die erste deutschsprachige Dokumentation über die Gebetsmahnwachen „40 Tage für das Leben“, welche im Rahmen der globalen Pro Life Bewegung „40 Days For Life“ seit 2017 zweimal jährlich über einen Zeitraum von 40 Tagen in deutschen Städten wie München, Frankfurt am Main, Wiesbaden, Pforzheim und Passau stattfinden.

Die Gebetsmahnwachen setzen sich auf friedliche und kontemplative Art für das Lebensrecht ungeborener Kinder ein.

In der Doku kommen erstmals die Vigil-Teilnehmer zu Wort. Die Doku zeigt auch kurz, mit welcher boshafter Aggressivität die betenden Teilnehmer regelmäßig konfrontiert werden, nur weil sie es wagen, die christliche Botschaft der Nächstenliebe öffentlich vor Abtreibungskliniken oder Beratungsstellen der pro familia zu bekunden.

Die Doku entstand in Kooperation mit einem polnischen Medienhaus, da die heimischen Medien zu einer objektiven Berichterstattung nicht bereit waren.

Weitere Informationen zu der

„Koalition für das Leben“ unter:

www.koalitionfuerdasleben.com und zu

„40 Tage für das Leben“ unter:

www.40daysforlife.com

Wenn Sie unsere Mission unterstützen wollen kontaktieren Sie uns!“

(Siehe auch: <https://www.youtube.com/watch?v=b7SazcPOVaQ&feature=youtu.be>)

Man raubt Familien die Luft zum Atmen“ – Warum die Sozialpolitik zutiefst ungerecht ist und Deutschland Kinderarmut selbst produziert

Von Peter Helmes

Was läuft falsch in diesem Land?

Seit Jahren begleitet Dr. Christoph Heger unsere Publikationen, viele seiner Artikel und Kommentare habe ich auf diese Plattform bereits übernommen. Heute sandte mir Dr. Heger einen hochinteressanten Beitrag aus der katholischen Fachzeitschrift „Einsicht“ – eine vierteljährlich erscheinende Publikationen, die ich allen nachdenkenden Lesern nur wärmstens empfehlen kann, auch wenn sie nicht katholisch sind.

Dr. Heger schreibt zur Einführung in den folgenden Beitrag:

„Zur Rechtfertigung der – illegal, unter Bruch des Grundgesetzes und verschiedener Spezialgesetze durchgesetzten – Masseneinwanderung wird nicht selten auf den „demographischen Wandel“ hingewiesen. Mit dieser Bezeichnung wird die seit Jahrzehnten katastrophal niedrige Geburtenrate des deutschen Volks verharmlost. Sie mache eben eine starke Einwanderung notwendig. Wieso aber ist die Geburtenrate seit Jahrzehnten so niedrig? Wie ist den Deutschen das Kinderkriegen abgewöhnt worden? Darauf gibt dieses Interview mit dem Sozialexperten Jürgen Borchert eine Antwort.

Und warum hat man diese für die Geburtenfreudigkeit ungünstige Sozialpolitik angefangen und beibehalten? Ich muß dazu immer an eine Stelle denken in dem Buch von Kardinal Josef Frings „Für die Menschen bestellt. Erinnerungen des Alterzbischofs von Köln“, Köln 1973. Dort kommentiert er (nach meiner Erinnerung) die Verfügung der Siegermächte nach Kriegsende, die vorher bestehenden sozialrechtlichen Förderungen der Geburtenfreudigkeit abzuschaffen, sarkastisch: „Das deutsche Volk sollte nicht mehr wachsen.“
Mit freundlichen Grüßen, Ihr Christoph Heger

Sozialexperte Jürgen Borchert im Interview mit Pavel Jerabek

Immer mehr Familien sind armutsgefährdet, auf dem Wohnungsmarkt sind vor allem Familien mit kleinen Kindern zunehmend abgehängt. Was läuft da falsch? Der Sozialexperte Dr. Jürgen Borchert, ehemals Vorsitzender Richter am Hessischen Landessozialgericht, kritisiert, daß „ausgerechnet die sogenannten Solidarsysteme die Familien systematisch verarmen lassen“. Er fordert eine Reform der Sozialversicherung und daß künftig alle Gesetze auf ihre „Familienverträglichkeit“ überprüft werden. Herr Dr. Borchert, trotz guter Konjunktur steigt die Kinderarmut in Deutschland. Immer mehr Familien sind armutsgefährdet. Was läuft falsch in diesem Land?

Zunächst gilt es, diesen unglaublichen Befund genauer anzuschauen:

Die Geburtenzahl hat sich seit 1964 halbiert, und gleichzeitig hat sich der Anteil der Kinder in Armut auf das 16-fache erhöht! Damals war jedes 75. Kind unter sieben Jahren zeitweise oder auf Dauer in der Sozialhilfe, heute ist jedes vierte, in manchen Regionen sogar schon jedes dritte Kind in Armut zu finden mit negativen Folgen für die Entwicklung des Kindes und seine Bildungschancen, wie Studien zeigen. Mit verheerenden Wirkungen! Das läßt sich schon allein daran ablesen, daß von jedem Jahrgang fast 20 Prozent, also jedes fünfte Kind die Schule verläßt, ohne ein Minimum an den Kulturtechniken des Lesens, Schreibens oder Rechnens zu beherrschen. Für einen Hightech-Standort wie Deutschland ist das katastrophal! Was sind denn die Ursachen der Kinder- und Familienarmut?

Über Jahrzehnte hat uns die Politik erklärt, das seien die „faulen“ deutschen Mütter, die im Durchschnitt weniger erwerbstätig seien als im europäischen Umfeld.

Doch das hat sich längst geändert; mittlerweile ist Deutschland hinter den Dänen bei der Erwerbsbeteiligung der Frauen und Mütter weit vorne. Das zweite, was uns gesagt wird: die Arbeitslosigkeit. Natürlich hat Arbeitslosigkeit auch Auswirkungen auf die Familienfinanzen. Aber wir erleben, daß die Kinderarmut trotz eines Rückgangs der Arbeitslosenzahlen steigt.

Das heißt, die entscheidenden Ursachen liegen woanders?

Das heißt, wir müssen uns Gedanken machen über viel komplexere Zusammenhänge. Wenn man sich anschaut, wie sich die Armutsquote bei Kindern im Lauf der Jahrzehnte entwickelt hat, erkennt man eine absolute Parallelität mit dem Anstieg der Sozialversicherungsbeiträge also der Beiträge zur Kranken-, Pflege-, Arbeitslosen- und zur Rentenversicherung ...

Ja. Die Sozialversicherung ist eine Kinderarmutsproduktionsmaschine

Wir produzieren die Kinderarmut! Das ist nicht irgendein soziales Schicksal, sondern die systematische Folge unserer Sozialversicherung, die ja circa dreimal soviel an Beiträgen einnimmt wie der Fiskus an Lohn- und Einkommensteuer. Ausgerechnet die sogenannten Solidarsysteme lassen die Familien systematisch verarmen. Das müssen Sie jetzt aber erklären.

Die Sozialversicherung knüpft die Beitragspflicht an die Löhne. Die Löhne sind aber völlig familienblind. Die berücksichtigen nur den einzelnen Beitragszahler und seine Arbeitskraft und fragen nicht danach, wie viele Menschen davon zu ernähren sind. Dazu muß man sich klar machen, daß die Belastungswirkung der Sozialversicherung bei Trägern immer nur gemessen werden kann am Existenzminimum ... also am Grundbedarf eines Menschen für das Überleben.

Das bedeutet, dass eine Familie mit drei, vier oder fünf Kindern ein viel höheres Existenzminimum hat als der Single. Trotzdem zahlt der Single – bei gleichem Bruttoeinkommen – den gleichen Beitragssatz wie die fünfköpfige Familie. Da wird nicht differenziert. Bezogen auf das Existenzminimum bedeutet das: Je mehr Kinder da sind, desto härter wirkt der Beitragssatz. – Das ist das Geheimnis, warum wir in Deutschland seit den 60er-Jahren diese unglaubliche Entwicklung von Kinderarmut haben. Das ist die zwingende Folge des Anstiegs der Beitragssätze von damals 18 auf über 40 % heute.

Um der Kinderarmut zu begegnen, schnürt die Politik immer wieder „Familienpakete“:

Haben Sie, der Sie seit Jahrzehnten an der Front der Familien- und Sozialpolitik stehen, den Eindruck, daß man in Berlin den Ernst der Lage erkannt hat?

Seit Jahrzehnten beobachte ich eine Familienpolitik, in der Vater Staat Geschenke zu verteilen vorgibt. Bei genauem Hinschauen sieht man dann aber, daß unter dem Strich Familien regelmäßig an anderer Stelle für die Gegenfinanzierung „bluten“ müssen und am Ende schlechter dastehen als vorher. Der schlitzohrige Sozialminister Blüm nannte das immer „einschneidende Verbesserungen“ ...

Die jüngste Kindergelderhöhung ist nur der Tatsache geschuldet, daß das Existenzminimum anzupassen war – entsprechend der Veränderungen in der Lohn- und Preisentwicklung. Wenn die Kindergelderhöhung als großer familienpolitischer Fortschritt bezeichnet wird, jongliert die Bundesregierung wieder einmal mit der Tatsache, daß das Kindergeld kein Geschenk des Staates ist, sondern zum größten Teil die Rückgabe von Diebesgut.

Diebesgut?

Das Kindergeld hat eine Doppelfunktion, die es schwer macht zu verstehen, was da von „Rabenvaterstaat“ eigentlich geleistet wird. Im Einkommensteuergesetz, das auch das Kindergeld regelt, steht drin, daß der Staat zunächst einmal das Existenzminimum von Kindern im Prinzip genauso steuerfrei zu stellen hat wie das Existenzminimum von Erwachsenen. Tatsächlich wird aber in den meisten Fällen das Existenzminimum besteuert und erst am Jahresende dann geguckt, ob die Günstigerprüfung möglicherweise dazu führt, daß sich statt des Kindergeldes der Kinderfreibetrag besser auswirkt.

Was bedeutet das?

In jedem Euro Kindergeld steckt ein Ausgleich der verfassungswidrigen Besteuerung des Kinderexistenzminimums drin. Wenn also das Kindergeld erhöht wird, folgt dies in den

meisten Fällen der Tatsache, daß auch das Kinderexistenzminimum sich verändert hat und deswegen die Freibeträge und mit ihnen das Kindergeld anzupassen sind. Das ist kein Geschenk des Staates, sondern das bedeutet, daß der Staat Diebesgut zurückgeben muß, das er verfassungswidrig eingenommen hat. Ganz schön schwierig ... Natürlich ist das schwierig! Das ist ja das Problem: daß die Verteilungsverhältnisse in Deutschland so total intransparent sind! Das fängt bei der Sprache an. Kindergeld wird als Geschenk verkauft, ist aber zum größten Teil Rückgabe von Diebesgut. Die beitragsfreie Mitversicherung, die uns immer als großes Geschenk in der Krankenversicherung genannt wird, ist, wenn man genau hinschaut, überhaupt keine beitragsfreie Mitversicherung, sondern die Kinder zahlen de facto ihre eigenen Beiträge.

Wie geht das denn?

Das Unterhaltsrecht verpflichtet die Eltern, von ihrem laufenden Einkommen das, was die Kinder benötigen, sofort an die Kinder abzugeben. In dem Augenblick, in dem Eltern Geld verdienen, entsteht der Anspruch der Kinder auf Unterhalt. Diese Beträge werden aber nicht aus der Beitragspflicht herausgenommen, sondern voll verbeitragt. Damit zahlen in Wirklichkeit die Kinder ihre eigenen Beiträge.

Und wie steht es mit den vielen anderen familienpolitischen Leistungen?

Es ist wie mit allen Wohltaten, die der Staat verteilt: Man muß immer fragen: Wo kommt das Geld eigentlich her, was Vater Staat da in Spendierhosenpose so großzügig zu verteilen scheint? Da stoßen wir auf die Tatsache, daß die Familien fast 70 Prozent des gesamten Steueraufkommens finanzieren. Diese Zahl wurde erst jüngst von dem Bochumer Ökonomen Martin Werding bestätigt.

Manchmal ist zu hören, direkte Zahlungen an die Familien wie etwa das Kindergeld oder auch das neue bayerische Familiengeld seien nutzlos; man solle lieber in den Bildungssektor investieren ...

Die Frage, ob Geld bei den Familien ankommt oder ob das Kindergeld möglicherweise für „Quersubventionen“ der Brauereien verwendet wird, ist in hohem Maße ahnungslos und diskriminierend. Aus allen Erhebungen der Vergangenheit wissen wir, daß sich Eltern eher für die Bildungsbedürfnisse ihrer Kinder verschulden, als das Geld für sich oder für Flachbildfernseher auszugeben. Bis auf einen minimalen Prozentsatz an sozial Kranken, die es aber in jeder Gesellschaftsschicht gibt, tun die Familien, was sie können, um mit ihren bescheidenen Bordmitteln ihren Kindern die bestmögliche Bildung zukommen zu lassen.

Das Problem ist doch, daß Familien durch die staatlichen Abgabesysteme immer mehr stranguliert werden. Man raubt ihnen die Luft zum Atmen. Die Folgen sieht man dann in allen Markt Bereichen. Ein Paradebeispiel sind doch die Wohnverhältnisse in Deutschland. Wir erleben, daß die Familien mit kleinen Kindern und großen Bedarfen nicht genügend Einkommen haben, um sich auf dem Wohnungsmarkt durchzusetzen, weil sie einer Konkurrenz von Singles gegenüberstehen, die sie mit ihren überschießenden Einkommen in die Randlagen verdrängen.

Sie kämpfen seit vielen Jahren für Familiengerechtigkeit in der Sozialversicherung und sind der Architekt von entsprechenden erfolgreichen Verfassungsbeschwerden. Wie kann es eigentlich sein, daß die Politik nicht schon längst reagiert hat?

Die Wählerstrukturen haben sich gegenüber den 1950/60er- Jahren völlig verändert, denn die Haushalte mit unterhaltsberechtigten Kindern sind zur 20-Prozent-Minderheit geschrumpft. Die Politik steht immer vor dem Dilemma, daß, wenn sie die Familieninteressen

berücksichtigt, sie das Geld bei 80 Prozent Nicht-Familien besorgen muß. Wenn wir in der Sozialversicherung für Gerechtigkeit sorgen, müssen wir den Familien ihre Existenzminima beitragsfrei stellen. Das würde aber eine entsprechende Erhöhung der Beiträge von denen fordern, die aktuell keine Kinder zu versorgen haben – also auch von den Eltern erwachsener Kinder. Und das ist die erdrückende Mehrheit. Davor schreckt die Politik zurück. Die einzige Institution, die die Macht – und die Pflicht! – hat, diese grundlegenden gesellschaftlichen Fragen zu entscheiden, ist das Bundesverfassungsgericht.

Wie sähe eine vernünftige Lösung aus?

Ganz einfach: Was in Gestalt der Freistellung der Existenzminima bei der Einkommens- und Lohnsteuer billig ist, muß bei der Sozialversicherung recht sein! Diese Reform ist überfällig. Das wäre das einzig Vernünftige. Erst recht, wenn man in Rechnung stellt, daß die heutige Kindergeneration Dreh- und Angelpunkt unserer zukünftigen sozialen Sicherung ist. Nur wenn wir dafür sorgen, daß diese Kindergeneration ausreichend groß ist und ausreichend beruflich qualifiziert ist, können wir mit einer gesicherten Zukunft rechnen. Aber von dieser Einsicht entfernen wir uns immer weiter.

Wie können sich Familien eigentlich besser Gehör verschaffen?

Spannende Frage. Leider haben wir in den Medien, die die Meinungen in Deutschland beeinflussen, einen zunehmenden Anteil an Personen, die mit Familie nichts am Hut haben. Es ist doch ein Unding, wenn wir beobachten, daß die Gender- Mainstreaming- Bewegung es geschafft hat, daß jedes Gesetz mit Blick auf das Gender-Mainstreaming überprüft werden muß, bevor der Bundestag darüber abstimmt, wir aber keine Familienverträglichkeitsprüfung haben.

Wir brauchen eine Familienverträglichkeitsprüfung in der Gesetzgebung, die analysiert, wie sich ein Gesetz unterm Strich eigentlich auswirkt.

Das würde verhindern, daß wir Gesetze bekommen, bei denen sich die Politik auf die Fahnen schreibt, wie gut sie zu den Familien ist, aber verschweigt, daß im Hintergrund Verteilungsprozesse der Gegenfinanzierung laufen, indem andere familienpolitische Leistungen zurückgefahren und familienfeindliche Abgaben erhöht werden.

Was können Familien konkret tun?

Die Familien müssen sich erst mal klarmachen, daß sie nicht beschenkt, sondern in großem Umfang regelrecht bestohlen werden. Sie müssen sich auf die Hinterbeine stellen und dürfen sich das nicht gefallen lassen. Immerhin haben wir ja fast 3000 Familien, die den Rechtsweg beschritten haben im Elternaufstand, den ja der Familienbund der Katholiken in Freiburg und der Deutsche Familienverband gemeinsam unterstützen. Das, wofür sie kämpfen, ist nicht nur die zentrale Frage sozialer Gerechtigkeit, sondern es geht auch um die wichtigste wirtschaftliche Grundlage unserer Gesellschaft, um unsere Kinder, das „Humanvermögen“! Ich habe keinen Zweifel daran, daß das Bundesverfassungsgericht hier eine fundamentale Reform verlangen wird – und zwar vermutlich schon 2019. (aus: „Familienbunt“, Zeitschrift des Familienbundes Augsburg / Quelle: EINSICHT, römisch-katholische Zeitschrift, 49. Jahrgang, Nummer 3, September 2019)

Für Christen gilt: ein klares NEIN zur Todesstrafe

Von Peter Helmes

Langjährige Leser meiner Publikationen wissen, daß das Thema „Abtreibung“ bei mir den höchsten Stellenwert hat. Gott hat uns das Leben gegeben, wir Menschen haben nicht die

Freiheit, ausgerechnet gegen diesen Willen Gottes zu verstoßen. Deshalb nenne ich den Vorgang stets statt „Abtreibung“ „Tötung ungeborenen Lebens“.

Wer einmal gesehen hat, wie der Fötus sich gegen das Abmetzeln wehrt, wird das niemals vergessen – und niemals mehr von „Freigabe der Abtreibung“ schwadronieren. Das noch nicht geborene Kind will leben – und hat das Recht dazu!

Gleiches gilt für das Thema „Tötung auf Verlangen“ – was in Wirklichkeit einer Euthanasie nahekommt. Wir – weder die Betroffenen noch die Angehörigen – haben nicht die „Freiheit“, unserem Leben ein Ende zu setzen.

In diesem Zusammenhang ist das Thema Todesstrafe ebenfalls zu sehen. Angesichts der zunehmenden Gewaltkriminalität in unserem Lande ist es menschlich verständlich, wenn nach der „härtesten Strafe“ gerufen wird. Das darf aber nicht heißen, Gleiches mit Gleichem zu vergelten, also einen Mord oder Totschlag durch einen neuen Totschlag.

Mein hochgeschätzter Autorenkollege Dr. phil. sowie Dr. theol. David Berger hat in seinem folgenden Beitrag seine bemerkenswerten Gedanken formuliert, denen ich mich voll anschließe. David Berger war viele Jahre Professor der vatikanischen Hochschule in Rom und betreibt jetzt als Freier Autor seinen unter Christen und Konservativen führenden Blog „Philosophia Perennis“. Mit mir und anderen ist auch Gründer der „Vereinigung Freier Autoren“, die einen Contrapunkt zu den gleichgeschalteten Linksmedien setzen will. Hier ist Bergers Artikel:

„Was gegen eine Wiedereinführung der Todesstrafe auch bei schwersten Verbrechen spricht“

Von David Berger

Im Zusammenhang mit schweren Verbrechen kommt immer wieder die Forderung nach Wiedereinführung der Todesstrafe auf. So nachvollziehbar diese Forderung im ersten Augenblick ist, so gefährlich erweist sie sich für uns alle.

Der Zorn und die Wut über schreckliche Verbrechen wie etwa jenes vor einigen Wochen am Frankfurter Hauptbahnhof, bei dem ein Mann einen kleinen Jungen und seine Mutter vor einen einfahrenden ICE stieß, sind groß. Jeder Mensch, der sich Herz und Hirn einigermaßen bewahrt hat, wird das verstehen. Auch ich hatte, als ich die Artikel zu dem Vorfall redaktionell betreute, dieses unglaublich schmerzende Gefühl einer traurigen, hilflosen Wut.

Mit solchen Gefühlen verbunden kommt dann immer auch der Gedanke auf, dass man zwar das Geschehene nicht wieder gut machen kann, aber doch die Gerechtigkeit irgendwie wieder hergestellt werden muss. Ein Gedanke, der durchaus rational zu rechtfertigen ist.

Alleine Gerechtigkeit garantiert den gesellschaftlichen Frieden

„Opus justitiae pax“ heißt ein Axiom der philosophia perennis: Das Werk der Gerechtigkeit ist der Friede. Das hohe Gut des gesellschaftlichen Friedens und des Gemeinwohls ist nur dadurch zu wahren, indem zuvor die Gerechtigkeit hochgehalten wird. Aber wie genau soll dies nach einem solchen Verbrechen geschehen?

Immer wieder kam gestern in den sozialen Netzwerken die Forderung nach einer Wiedereinführung der Todesstrafe auf. Ich kann die Menschen, die diese Forderung erhoben haben, gut verstehen. Und doch obsiegt dann immer die in diesem Fall schmerzliche Einsicht, dass die Würde der Person, die verletzt wurde, nicht wiederhergestellt werden kann, indem man die Würde des Täters verletzt.

„Würde des Täters“ werden jetzt viele denken. Welche Ungeheuerlichkeit, einem solchen Täter noch eine Würde zuzusprechen, mit der maßlos bösen Tat habe er jede Würde verloren.

Die unverlierbare Würde der Person

Dagegen steht allerdings die grundlegende, von der Kultur des jüdisch-christlichen Abendlandes in langem Geistesringen gewonnene Einsicht, dass es eine Grundwürde jedes Menschen gibt, die absolut unverlierbar ist. Sie ist absolut unabhängig von seinem Geschlecht, seinem Alter, seiner Hautfarbe, seinem Bildungsgrad oder Gesundheitszustand usw. Und eben auch von seinen Taten.

Keine noch so große Macht der Welt, kein noch so großer gesellschaftlicher Konsens, kein noch so niederträchtiges Verhalten des Menschen kann ihm diese Würde absprechen. Warum nicht? Weil sie ihm von einer Macht verliehen wurde, die über aller irdischen Macht steht und die als das Sein selbst (ipsum esse subsistens) alle Dinge der Welt in ihrem Sein erhält. Ob wir diese Macht dann (wie unser Grundgesetz) Gott nennen oder nicht, tut letztlich erst einmal nichts zur Sache.

Dieser abendländische Humanismus begründet die Rechte der menschlichen Person, die jedem Menschen jene Sicherheit verleihen, die in den Menschenrechten anschaulich wird.
„...dass die Würde der Person auch dann nicht verloren geht, wenn jemand schwerste Verbrechen begangen hat“

Auf dieser Basis heißt es im „Katechismus der katholischen Kirche“ zur Todesstrafe:
„Lange Zeit wurde der Rückgriff auf die Todesstrafe durch die rechtmäßige Autorität – nach einem ordentlichen Gerichtsverfahren – als eine angemessene Antwort auf die Schwere einiger Verbrechen und als ein annehmbares, wenn auch extremes Mittel zur Wahrung des Gemeinwohls angesehen.

Heute gibt es ein wachsendes Bewusstsein dafür, dass die Würde der Person auch dann nicht verloren geht, wenn jemand schwerste Verbrechen begangen hat. Hinzu kommt, dass sich ein neues Verständnis vom Sinn der Strafsanktionen durch den Staat verbreitet hat. Schließlich wurden wirksamere Haftsysteme entwickelt, welche die pflichtgemäße Verteidigung der Bürger garantieren, zugleich aber dem Täter nicht endgültig die Möglichkeit der Besserung nehmen.

Deshalb lehrt die Kirche im Licht des Evangeliums, dass „die Todesstrafe unzulässig ist, weil sie gegen die Unantastbarkeit und Würde der Person verstößt“, und setzt sich mit Entschiedenheit für deren Abschaffung in der ganzen Welt ein.“

Dem ist nichts hinzuzufügen, auch wenn es in der Wut des Augenblicks nicht immer leicht ist, die Konsequenzen strikt aus jenen Prämissen zu ziehen, die uns als unumstößlich gelten sollten.

EZB – Überraschender Abgang von Lautenschläger, und kein Zins in Sicht

Von Peter Helmes

Verlust einer Draghi-Gegnerin

Die deutsche Direktorin Sabine Lautenschläger wird die Europäische Zentralbank (EZB) Ende Oktober verlassen, vor allem, weil sie mit der lockeren Geldpolitik von EZB-Chef Draghi nicht einverstanden ist. Lautenschläger ist eine der wichtigsten Personen in der EZB:

Sie war bis vor kurzem auch die Vize-Chefin der EZB-Bankenaufsicht. Zudem ist sie die einzige Deutsche im Direktorium. Lautenschlägers deutsche Vorgänger Jürgen Stark und Jörg Asmussen hatten ebenfalls vorzeitig ihren Posten im Direktorium verlassen.

Offiziell sind keine Gründe für Lautenschlägers Rücktritt bekannt. Doch kann man davon ausgehen, daß Lautenschläger der „**Politik des billigen Geldes**“, die EZB-Chef Draghi verfolgt, nicht zustimmt. Sie ist eine Verfechterin einer Normalisierung der Geldpolitik: **„Ich werde die Erste sein, die für eine weitere Normalisierung der Geldpolitik stimmt, wenn die Voraussetzungen dafür vorliegen.“** (Zitat aus Dlf)

Deutschlands Position in der EZB ist durch den Rücktritt vorerst geschwächt. Mit Bundesbank-Chef Jens Weidmann ist noch ein Deutscher im EZB-Rat vertreten. Wichtig ist aber, daß auch in der eigentlichen Chef-Zentrale der EZB, im Direktorium, Deutschland vertreten ist – immerhin die größte Volkswirtschaft der Eurozone.

Never ending Zinstal – EZB hat Zeitpunkt zum Gegensteuern verpaßt

Mit Lautenschläger haben die deutschen Sparer eine gewichtige Gegenstimme im Kampf gegen das Niedrigzins-Monster verloren. Während Draghi die Deutschen und ihre große Spar-Tradition herzlich wenig interessieren, verkörperte sie den Gegenentwurf zu Mario Draghi, dem Erfinder des „Nullzins“ und damit des never ending Zinstales. Damit glaubt Draghi, die Wirtschaft im Euroraum retten zu können – u. zw. um jeden Preis, so hoch er auch sein mag. Doch was in Hoch-Zeiten der Eurokrise richtig war, nämlich die Wetten auf den einstürzenden Euro zu unterbinden, das war zuletzt falsch: Die EZB hat den Zeitpunkt verpaßt, bei den Zinsen wieder gegenzusteuern.

Eine fragwürdige Operation

Nun soll stattdessen die neue Konjunkturertrübung im Euroraum wieder mit mehr Geld bekämpft werden. Eine fragwürdige Operation, deren Wirksamkeit unsicher ist. Sabine Lautenschläger stand für die Gegenhaltung, für den Blick auf die Zeit danach.

Wie soll ein stabiler Aufschwung gelingen, wenn der Geldmarkt ohne Not verzerrt wird?

Es kann nicht nur darum gehen, Konjunkturspritzen zu geben, sondern der eigentliche Auftrag der EZB ist die Sicherung der Preisstabilität, was aktuell nicht gelingt. Diese Einsicht droht nun, nach dem Abgang Lautenschlägers, noch mehr in den Hintergrund zu treten. Gesucht ist also eine mutige Kämpferin gegen das Niedrigzins-Ungeheuer Draghi.

Die Kritik an dessen Geldpolitik wird immer lauter. Aber Draghis Rest-Amtszeit beträgt nun noch immerhin rd. drei Jahre. Draghi hat die Geldschleusen weiter geöffnet, die Strafzinsen für Banken erhöht und vor allem wieder mit dem Kauf von Anleihen begonnen.

Und ab Herbst könnte es unter der Präsidentschaft von Christine Lagarde zu weiteren Lockerungen kommen, ohne daß das Vorteile für die Konjunktur brächte. Stattdessen werden

mehr Risiken auf den Finanzmärkten wahrscheinlich. Wer kein Geld mehr mit Anleihen verdienen kann, weicht möglicherweise in immer risikoreichere Anlagen aus. Damit befeuert die EZB ungewollt die Preise an den Immobilienmärkten und leistet dem Entstehen neuer gefährlicher Blasen an den Finanz- und Immobilienmärkten Vorschub.

Auf dem Buckel der Sparer

Die Aussichten aus deutschem Blickwinkel sind nicht gerade günstig. Die Niedrigzinspolitik der EZB wird auch unter der künftigen Chefin Christine Lagarde fortgesetzt werden, soviel ist bereits vor ihrem Amtsantritt klar. Sie, Lagarde, will die Politik der schlaffen Geldzügel fortsetzen.

Daß das Ganze keine akademische geldpolitische Diskussion ist, sehen viele Bankkunden bereits an ertraglosen Konten, hohen Gebühren und fehlenden Möglichkeiten des risikoarmen Sparens für das Alter. Nein, es ist wirklich keine akademische, sondern eine ungeheuer reale Diskussion:

Gerade jetzt hat die größte bayerische Sparkasse, die Münchner, angekündigt, 28.000 Prämiensparverträge zu kündigen und das ausdrücklich mit der Nullzinspolitik der EZB begründet.

Für die Sparer sind das natürlich schlechte Neuigkeiten. Das heißt, daß jetzt wirklich die Zeiten, noch irgendwo einen Zins auf ein Sparkonto zu bekommen, vorbei sind. Wir müssen uns wohl eher darauf vorbereiten, daß diese ungünstige Entwicklung vielleicht ein Jahrzehnt, vielleicht Jahrzehnte dauert und von extrem niedrigen Zinsen und evtl. Minuszinsen bestimmt ist.

Ein Ende der lockeren Geldpolitik ist nicht abzusehen

Nicht nur die Zinsen hat die EZB in den letzten fünf Jahren nämlich abgeschafft beziehungsweise im Einlagebereich sogar in den negativen Bereich gedrückt. Sie kauft auch seit Frühjahr 2015 monatlich Vermögenswerte, inzwischen im Umfang von 80 Milliarden Euro. So ist der Euroraum nicht zerfallen, aber ihr Ziel, die Inflation wieder auf nahe zwei Prozent zu bringen, hat die EZB bisher verfehlt. So wird die Kritik an der Geldpolitik immer lauter, inzwischen auch von den Banken:

„Die derzeitige Geldpolitik der EZB richtet mehr Schaden als Nutzen an“, urteilt etwa Georg Fahrenschon, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands. Und Deutsche Bank-Chef John Cryan meint:

„Die Nebenwirkungen ihrer Politik treten immer deutlicher zutage. Der Zinsüberschuß, traditionell der wichtigste Ertrags Pfeiler, ist seit 2009 in manchen Ländern wie etwa Italien um rund ein Viertel geschrumpft. Nicht nur die Banken leiden, auch für die Sparer und deren Altersvorsorge sind die Folgen fatal.“

Banken müssen künftig ein halbes Prozent Strafzinsen zahlen, wenn sie Geld bei der Europäischen Zentralbank parken.

So wird eine maßvolle konjunkturelle Abschwächung mißbraucht, um die Geldpolitik weiter zu lockern.

Behördliche Zumutung: Kleine Anleitung für Erstklässler

Von Peter Helmes

Material für Eliteschüler – Oder: Versteckte Diskriminierung Armer?

Für hunderttausende Kinder hat inzwischen in allen Bundesländern das erste bzw. das neue Schuljahr begonnen. Da heißt es für die Eltern: Kind(er) ausstaffieren, Schulmaterial bereitstellen usw.

Aber es gibt Dinge, die hätte ich nie für möglich gehalten. Ja klar, Schüler benötigen „Handwerkzeug“ für den Unterricht. Aber muß das „**gute Qualität**“ haben oder ein „**Markenfabrikat**“ sein?

Reicht es nicht, wenn die Schüler „einfaches“ Schreibmaterial mitbringen?

Man fragt sich, ob hier entweder der Amtsschimmel wiehert – oder etwas ganz anderes dahintersteckt:

Viele Eltern können die geforderte „Qualität“ gar nicht bezahlen, und die Kinder stehen dann blamiert da. Ganz anders die „**Neuhierhergekommenen**“: Unser fürsorglicher Staat übernimmt natürlich die Erstausrüstung eines Schülers, und der „Neue“ ist fein raus. (Man wird ja noch fragen dürfen.)

Und das fordert die Schule für Erstklässler:

Was ein Erstklässler heutzutage alles benötigt? Jedenfalls keine Griffel, Schiefertafeln oder Schwämme, sondern ... hier nur eine Auswahl aus einer unglaublich langen Originalliste:

- 1 Schreiblernheft, Lineatur SL (DIN A4 quer);
- 1 Schreibheft, Lineatur 0 (DIN AS quer); 1 Rechenheft, Lineatur 0 (DIN AS quer);
- 1 Elternheft, Oktavheft DIN A6 (für Mitteilungen an die Eltern);
- 9 Schnellhefter DIN A4. (blau, rot, grün, gelb, weiß, schwarz, orange, grau, pink);
- 1 Sammelmappe DIN A4 (für Elternbriefe etc.);
- 1 breiter Ordner DIN A4 zum Sammeln von Arbeitsblättern, Kieserblock, Lineatur 1,
- 1 Zeichenblock DIN A3 (**gutes Papier**, an 2 Seiten befestigt),
- 1 Malblock DIN A4 (100 Blatt, weiß);
- 1 Sammelmappe DIN A3,
- 1 DIN-A4-Stehordner.

Sowie Mäppchen mit folgendem Inhalt: 1 kurzes Lineal, 2 Schreiblernbleistifte, 1 Radiergummi, 6 dicke Buntstifte, 1 Doppelbleistiftspitzer mit Auffangbehälter.

In einer Kiste mit Deckel (Schuhkarton): 2 Klebestifte, 1 Bastelschere, Knete in Dose (**gute Qualität, Markenfabrikat**), 6 dicke Wachsmalstifte (**gute Qualität, Markenfabrikat**), 1 Deckfarbkasten mit 12 Farben (**Markenfabrikat**), Wasserbecher für die Wasserfarben, je 1 Borstenpinsel Nr. 8, 10, 14 oder Starterset, 1 Malkittel, Hausschuhe ...

Noch Fragen? (Quelle: Rhein-Zeitung, Koblenz)

Ich faß‘ es nicht!

Sexualaufklärung im neuen Schuljahr? Fünf Tipps für Eltern

Von Hedwig von Beverfoerde

Sehr geehrter Herr Helmes,
der Sommer ist vorüber und der Schulunterricht in allen Bundesländern wieder in vollem Gange. Allen Kindern und Jugendlichen wünschen wir ein lehrreiches neues Schuljahr. **Allen Eltern möchten wir vor allem eines ans Herz legen: Seien Sie wachsam!** Die Sexualisierung unserer Kinder wird weiterhin vorangetrieben. Im Noch-EU-Staat

Großbritannien steht inzwischen ganz offen [Masturbation auf dem Lehrplan von Grundschulen](#). Dort wird bereits an 241 Schulen ein Unterrichtsprogramm angeboten, in dem Lehrer Kindern ab sechs Jahren anhand expliziter Beispiele erklären, wie sie ihre eigenen Geschlechtsteile stimulieren können.

Aber auch hierzulande werden Kinder im Sexualaufklärungsunterricht mit schamverletzenden Inhalten konfrontiert. Immer wieder erreichen uns Anfragen von Eltern. **Genau dafür wurde die „Initiative Elternaktion“ gegründet.** Mit dieser Initiative wollen wir Eltern in dieser schwierigen Situation beraten und unterstützen. Viele Eltern fragen sich: Wie kann ich mein Kind schützen? Zum Beginn des neuen Schuljahres empfehlen wir Ihnen folgende Schritte:

1. Informieren Sie sich über Sexualaufklärung. Auf der Webseite elternaktion.de finden Sie für alle 16 Bundesländer wichtige Informationen zur Rechtslage, zu aktuellen LSBT-Projekten, konkrete Beispiele und Berichte sowie wertorientierte und altersgerechte Aufklärungsmaterialien.

2. Erkundigen Sie sich beim Klassenlehrer Ihres Kindes, ob im kommenden Schuljahr Sexualaufklärung stattfinden wird. Fragen Sie, wer den Unterricht gestalten wird.

3. Bestehen Sie auf einem Elternabend, bei dem die Eltern früh genug und ausführlich über die Inhalte der Sexualaufklärung informiert werden.

4. Äußern Sie ggf. Ihre Bedenken und schlagen Sie kindgerechte Alternativen vor – im Gespräch mit dem Lehrer und beim Elternabend.

5. Vernetzen Sie sich mit anderen Eltern und bringen Sie sich gemeinsam ein.

Wenn Sie Hilfe benötigen oder uns Ihre Erfahrung mitteilen möchten, rufen Sie uns an (0391/50549656) oder schreiben Sie uns an kontakt@elternaktion.de. **Wir beraten Sie gerne persönlich.**

Als Eltern ist es unser Recht und unsere Pflicht, unsere Kinder vor den Gefahren der Gender-Ideologie und der „Sexualpädagogik der Vielfalt“ zu bewahren. **Bitte verbreiten Sie daher die „Initiative Elternaktion“ und bestellen Sie unsere kostenlose Broschüre „Sexualpädagogik in Schule und KiTa“**, damit möglichst viele Eltern ihre Kinder effektiv schützen können.

Mit herzlichen Grüßen vom Team Elternaktion, Ihre
Hedwig von Beverfoerde

P.S.: Die E-Mail-Adresse von Bundesfamilienministerin Franziska Giffey im letzten Newsletter enthielt leider einen Fehler. Hier ist die richtige, damit Sie Ihren Protest an die Ministerin richten können: poststelle@bmfjsfj.bund.de

Unsere Beratungs- und Aufklärungsarbeit dient dem Schutz unserer Kinder. Bitte unterstützen Sie uns dabei mit Ihrer Spende – per Überweisung oder per PayPal:
Vielen Dank!

Seit dem 25. Mai 2018 gilt auch in Deutschland die neue Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO) der Europäischen Union (EU). Da uns der Schutz Ihrer Daten sehr wichtig ist, haben wir unsere Datenschutzrichtlinie daraufhin angepasst und erweitert. Sie finden Sie hier.

DEMO FÜR ALLE • Koordinatorin: Hedwig Freifrau von Beverfoerde

Münchenhofstr. 33 • D-39124 Magdeburg

Spendenkonto IBAN: DE80 8105 4000 0505 0117 51 • BIC: NOLADE21JEL

Die neue EU-Kommission – von der Leyens Team für Europa

(Eigener Bericht)

14 Männer und 13 Frauen sollen ab dem 1. November die Spitzenposten der EU-Kommission besetzen. Das vor dem EU-Austritt stehende Großbritannien nominierte keinen Vertreter. Wer die Kandidaten sind, welche Ressorts sie nun besetzen sollen und was sie vorher gemacht haben: hier ein Überblick.

Frans Timmermans:

Der Sozialdemokrat und ehemalige niederländische Außenminister soll sich um die EU-Klimapolitik kümmern. Eigentlich wollte Timmermans Kommissionschef werden. Er ist schon seit 2014 Erster Vizepräsident der Kommission. Die besonders wichtige Rolle soll er behalten. Der Diplomat, der sieben Sprachen beherrscht, war bisher unter anderem für Bürokratieabbau und Rechtsstaatlichkeit zuständig.

Margrethe Vestager:

Auch die dänische Liberale hatte selbst Kommissionspräsidentin werden wollen – und bekommt nun als „exekutive Vizepräsidentin“ eine besondere Stellung. Bisher hat sie sich als Wettbewerbskommissarin unter anderem Google, Facebook und Amazon vorgeknöpft. Diesen Posten soll sie behalten.

Josep Borrell:

Der spanische Sozialist wird EU-Außenbeauftragter und ebenfalls Vizepräsident der EU-Kommission. Der Ökonom ist seit Juni 2018 spanischer Außenminister. Zuvor hatte er seit Ende der 1970er Jahre diverse Regierungsposten und war von 2004 bis 2007 Präsident des EU-Parlaments. Der Katalane gilt als temperamentvoll und neigt zu unverblühten Aussagen.

Didier Reynders:

Der belgische Liberale soll künftig für den Bereich Justiz und Rechtsstaatlichkeit in der Kommission zuständig sein. Reynders ist seit 2011 belgischer Außenminister. Zuletzt sondierte er im Auftrag des belgischen Königs für eine mögliche neue Regierung nach der Parlamentswahl vom Mai.

Marija Gabriel:

Die bulgarische Konservative soll den Posten der Kommissarin für Jugend und Innovation bekommen. Seit Juli 2017 ist sie als jüngstes Mitglied der EU-Kommission unter Jean-Claude Juncker für das Ressort Digitale Wirtschaft und Gesellschaft zuständig. Zuvor war die Philologin von 2009 bis 2017 Europaabgeordnete. Gabriel gehört zur in Sofia regierenden bürgerlichen Partei GERB.

Kadri Simson:

Die Estin ist Wunschkandidatin von Regierungschef Jüri Ratas und soll sich in der Kommission um das Ressort Energie kümmern. Bis 2016 war sie Fraktionsvorsitzende der Zentrumspartei im estnischen Parlament. Von November 2016 bis April 2019 hatte die studierte Politologin das Amt der Ministerin für Wirtschaft und Infrastruktur inne.

Jutta Urpilainen:

Die Finnin soll Kommissarin für internationale Partnerschaften werden. Urpilainen war früher Vorsitzende der finnischen Sozialdemokraten und Finanzministerin. 2014 musste die studierte Pädagogin die Parteiführung an den heutigen Ministerpräsidenten Antti Rinne abgeben. Vor ihr hat es noch nie eine weibliche Kommissarin aus Finnland gegeben.

Sylvie Goulard:

Die französische Liberale soll sich um den Bereich Industriepolitik, Binnenmarkt und die Verteidigungsindustrie in der Kommission kümmern. Zuletzt war sie Vizegouverneurin der französischen Zentralbank 2017 machte Staatschef Emmanuel Macron sie zur Verteidigungsministerin. Nach Vorwürfen der Scheinbeschäftigung gegen ihre Partei Mouvement démocrate, trat sie nach nur einem Monat zurück.

Margaritis Schinas:

Der griechische Jurist soll sich um den Schutz dessen kümmern, „was Europa ausmacht“. Schinas ist seit 1990 Karrierebeamter bei der EU-Kommission – unterbrochen von 2007 bis 2009 durch ein Mandat als EU-Abgeordneter der konservativen Partei Nea Dimokratia. 2014 wurde er Chefsprecher von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker.

Phil Hogan:

Der irische Christdemokrat soll EU-Handelskommissar werden. Seit 2014 ist Hogan EU-Agrarkommissar. Anfang der 1980er Jahre hatte der Ökonom vorübergehend den Bauernhof seiner Familie geführt, bevor er Parlamentsabgeordneter und später unter anderem Umweltminister wurde.

Janusz Wojciechowski:

Er gehört zur rechtskonservativen polnischen Regierungspartei PiS und soll Kommissar für Landwirtschaft werden. Wojciechowski war ursprünglich Richter und leitete lange den polnischen Rechnungshof, bevor er 2004 EU-Abgeordneter wurde. Wegen möglicher Unregelmäßigkeiten bei Reisekostenabrechnungen während seiner Zeit im Europaparlament ermittelt die EU-Anti-Betrugsbehörde Olaf gegen ihn.

Paolo Gentiloni:

Der italienische Sozialdemokrat soll das Ressort Wirtschaft bekommen. Gentiloni war in Italien mehrfach Minister und schließlich von 2014 bis 2016 Regierungschef. Nach dem Start der Populistenkoalition in Rom blieb er bis zum erneuten Regierungswechsel Abgeordneter der Partei PD. Der Römer hat Politikwissenschaften studiert und spricht fließend Englisch.

Valdis Dombrovskis:

Der lettische Christdemokrat wird wohl Kommissar für Wirtschaft, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion. Dombrovskis ist seit 2014 einer der Kommissionsvizepräsidenten, zuständig für den Euro. Vorher war er von 2009 bis 2013 lettischer Regierungschef.

Johannes Hahn:

Der österreichische Politiker der konservativen ÖVP soll für den EU-Haushalt und die Verwaltung zuständig sein. Hahn ist schon seit zehn Jahren österreichischer EU-Kommissar, zuletzt zuständig für Nachbarschafts- und Erweiterungspolitik mit Blick auf den Westbalkan. Früher war er unter anderem bei einem Glücksspielkonzern tätig.

Maros Sefcovic:

Der ehemalige slowakische Präsidentschaftskandidat soll sich in der Kommission um die interinstitutionellen Beziehungen kümmern. Sefcovic ist seit 2009 Mitglied der EU-

Kommission und seit 2010 einer ihrer Vizepräsidenten. Zuletzt war er für die Energieunion zuständig. Der Jurist mit langjähriger diplomatischer Erfahrung ist formell parteilos, steht aber den Sozialdemokraten nahe.

Vera Jourova:

Die aktuelle EU-Kommissarin für Justiz, Verbraucherschutz und Gleichstellung kommt aus Tschechien und soll sich künftig um Werte und Transparenz in der Kommission kümmern. Jourova ist Mitbegründerin der populistischen Partei ANO von Ministerpräsidenten Andrej Babis, die zur liberalen Fraktion im EU-Parlament gehört. Babis selbst wird EU-Subventionsbetrug vorgeworfen.

Dubravka Suica:

Die Kroatin ist Mitglied der konservativen Regierungspartei HDZ und soll für Demokratie und Demografie in der Kommission zuständig sein. Suica war seit 2013 Europaabgeordnete – also seit dem EU-Beitritt ihres Landes. Zuvor war die Deutsch- und Englischlehrerin lange Bürgermeisterin von Dubrovnik.

Virginijus Sinkevicius: Der Litauer soll sich in der Kommission um die Umwelt kümmern. Sinkevicius kommt vom litauischen Bund der Bauern und Grünen, ist der jüngste Minister in der Geschichte seines Heimatlandes. Seit 2017 ist er zuständig für Wirtschaft und Innovation. Nun könnte der Ökonom und Jurist auch jüngstes Mitglied der EU-Kommission werden. Seine Partei steht den europäischen Grünen nahe, ist aber eher in der politischen Mitte angesiedelt.

Nicolas Schmit:

Der luxemburgische Sozialdemokrat soll das Ressort Beschäftigung bekommen. Schmit war Luxemburgs Botschafter bei der EU und von 2009 bis 2018 Arbeitsminister. Im Mai 2019 wurde er ins Europaparlament gewählt. Schmit hätte schon 2014 EU-Kommissar werden sollen, musste aber wegen Junckers Ernennung zum Kommissionspräsidenten verzichten.

Helena Dalli:

Die maltesische Sozialdemokratin soll Kommissarin für Bürgerrechte und Gleichstellung werden. Sie ist langjährige Abgeordnete im Parlament des Inselstaates. Von 2013 bis 2017 war die promovierte Soziologin Sozial- und Verbraucherschutzministerin, danach Ministerin für EU-Angelegenheiten und Gleichberechtigung.

Elisa Ferreira:

Die portugiesische Sozialistin soll sich als Kommissarin um Kohäsion und Reformen kümmern. Ferreira war zuletzt Vize-Gouverneurin der portugiesischen Zentralbank. Die Sozialistin war in den 1990er Jahren unter anderem Umweltministerin, später war sie Abgeordnete im nationalen und im europäischen Parlament.

Ylva Johansson:

Die schwedische Sozialdemokratin soll sich um den Bereich Innenpolitik kümmern. Johansson war bisher Arbeitsmarktministerin, hatte vorher aber auch schon andere Ministerämter. Nach ihrem Lehramtsstudium in Lund arbeitete sie früher als Mathe-, Physik- und Chemielehrerin.

Janez Lenarcic:

Der slowenische Karrierediplomat soll sich um das Krisenmanagement der EU kümmern. Lenarcic war nicht nur Botschafter Sloweniens bei der EU, sondern auch Vertreter bei der

OSZE und den Vereinten Nationen. Zwischendurch war er Berater des Außenministeriums und der Regierung.

Stella Kyriakidou:

Die zypriotische Konservative soll EU-Gesundheitskommissarin werden. Kyriakidou ist langjährige Parlamentsabgeordnete auf Zypern, zwischen 2017 und 2018 war sie auch Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung des Europarates. Die Kinderpsychologin gilt als Vertraute von Präsident Nikos Anastasiades, der ihr den Vorzug vor dem bisherigen zyprischen EU-Kommissar Christos Stylianides gab.

Abgelehnte bzw. ausgesetzte Kandidaten:

Rovana Plumb: Die Vizepräsidentin der in Rumänien regierenden Sozialdemokratischen Partei soll das Ressort Verkehr bekommen. Sie war von 2009 bis 2012 EU-Abgeordnete und danach bis April 2019 Ministerin in verschiedenen Ressorts. Im September 2017 erhob die Staatsanwaltschaft gegen sie den Vorwurf des Amtsmissbrauchs. Die Ermittlungen laufen. Wegen mutmaßlicher Interessenkonflikte wurde Plumb vom Rechtsausschuss des EU-Parlaments als Kommissarin abgelehnt.

Laszlo Trocsanyi: Der ehemalige ungarische Justizminister und Mitglied der rechtspopulistischen Fidesz-Partei soll sich als Kommissar um die EU-Erweiterung kümmern. Der Jura-Professor war zeitweise Botschafter in Brüssel und Paris und Verfassungsrichter. Er trug umstrittene und inzwischen gestoppte Justizreformen der Regierung Viktor Orban mit. Auch er wurde wegen mutmaßlicher Interessenkonflikte vom Rechtsausschuss des EU-Parlaments als Kommissar abgelehnt. Ungarn will nun einen neuen Kandidaten benennen. (Quelle: https://www.deutschlandfunk.de/die-neue-eu-kommission-von-der-leyens-team-fuer-europa.2897.de.html?dram:article_id=458369)

Österreichwahl: Triumph der Konservativen oder Öffnung nach links?

Von Peter Helmes

Der Sieger heißt Sebastian Kurz! Aber sind die Konservativen nun auch die Gewinner? Man kann es drehen und wenden, wie man will. Man kann zu ihm stehen, wie man will. Das Ergebnis der Wahl ist ein Triumph für Sebastian Kurz. Ein persönlicher Triumph.

Der Sieg von Kurz und seiner ÖVP ist noch etwas deutlicher ausgefallen als von den Hochrechnungen vorhergesagt: Laut dem von der Nachrichtenagentur APA am Sonntagabend verbreiteten vorläufigem Endergebnis, bei dem die Briefwähler noch nicht berücksichtigt sind, erhielt die konservative Partei am Sonntag 38,4 Prozent der Stimmen. Die ÖVP legte damit gegenüber der Wahl von 2017 um 6,8 Prozentpunkte zu.

Die Wahlbeteiligung lag laut vorläufigem Wahlergebnis bei 60,6 Prozent. **Die Briefwähler werden den Angaben zufolge die Beteiligung aber noch stark anheben**, Hochrechnungen zufolge auf knapp über 75 Prozent. 2017 waren 80 Prozent der Wahlberechtigten zu den Urnen gegangen. 6,4 Millionen Österreicher waren zur Wahl aufgerufen.

Österreich hatte 2007 als erstes Land in Europa das Wahlrecht ab 16 Jahren für alle Wahlen eingeführt. Stimmberechtigt sind somit alle österreichischen Staatsbürger, die mindestens 16 Jahre alt sind.

Der Nationalrat

Der Nationalrat – dem Deutschen Bundestag weitgehend vergleichbar – ist die erste Kammer des österreichischen Parlaments (die zweite Kammer ist das „Länderparlament“: der Bundesrat – ähnlich Deutschland). Im Nationalrat sitzen 183 Abgeordnete. Für deren Wahl ist das österreichische Bundesgebiet in neun Landeswahlkreise und diese wiederum in insgesamt 39 Regionalwahlkreise eingeteilt. Zu den sich daraus ergebenden Ermittlungsebenen (Regionalwahlkreis, Landeswahlkreis, Bund) gibt es je ein Ermittlungsverfahren. Laut Verfassung wird auf allen Ebenen nach den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts gewählt.

Vier-Prozent-Klausel

Anders als in Deutschland gilt bei den Nationalratswahlen eine Vier-Prozent-Hürde. Das heißt: Eine Partei muß entweder ein Direktmandat in einem der 39 Regionalwahlkreise oder österreichweit vier Prozent der Stimmen erringen, um in den Nationalrat einzuziehen. Die konstituierende Sitzung des neuen Nationalrats ist für den 23. Oktober 2019 vorgesehen.

Nach Österreich-Wahl: Experte rechnet mit Debatte in CDU

Wien (dts Nachrichtenagentur) – Der Deutschland-Korrespondent der österreichischen Tageszeitung "Die Presse" rechnet mit einer Diskussion in der CDU um das Ergebnis der österreichischen Nationalratswahl am Sonntag. "Es wird wohl eine Debatte in der CDU geben", sagte Jürgen Streithammer in der Sendung "Frühstart" der RTL/n-tv-Redaktion.

Der CDU-Politiker Friedrich Merz habe bereits gesagt, „daß man mit einem klaren Profil auch Mehrheiten gewinnen kann. Da schwingt natürlich der Vorwurf mit, daß es der CDU an diesem klaren Profil derzeit mangelt“, so der Journalist weiter.

Er rechne damit, daß man beim „Marketingapparat“ der CDU „genau hinsehen wird“. Die Vermarktung des Spitzenkandidaten der Schwesterpartei ÖVP, Sebastian Kurz, habe „wahnsinnig gut funktioniert“. Kurz habe "bei Facebook 800.000 Follower.

„Das sind Zahlen, die erreicht meines Wissens nach kein Politiker im zehn Mal größeren Deutschland“, sagte Streithammer. Er rechnet nicht damit, daß es eine Neuauflage der Koalition zwischen ÖVP und der rechtspopulistischen FPÖ geben wird. Die Ibiza-Affäre um den Ex-Vizekanzler Heinz-Christian Strache habe im Wahlkampf eine "gewaltige Rolle gespielt". Die Spesen-Affäre habe aber der FPÖ "mindestens noch einmal so stark geschadet". Die FPÖ inszeniere sich "als Partei des kleinen Mannes. Zu diesem Image passen üppige Spesenkonten und falsche Rechnungen nicht", so der Journalist weiter.

Für die ÖVP wäre es ein "unüberschaubares Risiko", ein weiteres Mal mit der Partei zusammenzuarbeiten, die für den Skandal um das Ibiza-Video verantwortlich ist. Bei der Regierungsbildung sieht Streithammer aber auch erhebliche Probleme hinsichtlich einer türkis-grünen oder einer türkis-roten Koalition. SPÖ und ÖVP hätten inhaltlich zwar größere Schnittmengen als ÖVP und Grüne, doch stimme die "Chemie" zwischen den Spitzenkandidaten nicht. "Im Wahlkampf wurde es teilweise sehr persönlich", sagte Streithammer in der Sendung "Frühstart" der RTL/n-tv-Redaktion.

Zwischen ÖVP und Grünen gebe es "große inhaltliche und ideologische Differenzen". Auf der Spitzenebene der Grünen könne man sich zwar mit der Idee eines solchen Bündnisses anfreunden, "aber das wird sicher kein Spaziergang." Insgesamt hält der Deutschland-Korrespondent der österreichischen Tageszeitung "Die Presse" die Regierungsbildung nach dem Wahlergebnis am Sonntag für schwierig. Eine Koalition werde nach seiner Ansicht "sicher nicht in Rekordzeit" zusammenkommen.

Mein Kommentar vom 30.09.2019, 5 Uhr

Nach der Ibiza-Affäre und dem Sturz der Regierungskoalition aus ÖVP und FPÖ wählte Österreich gestern, am 29.9.19, ein neues Parlament. Laut der aktuellen Hochrechnung käme die ÖVP im Nationalrat auf 38,4 % (73 Sitze), die SPÖ auf 21,5% (41), die FPÖ auf 17,2 % (32), NEOS auf 7,4 % (14) und die Grünen auf 12,4 % (23). Eine Mehrheit liegt bei 92 Stimmen.

Seit dem Zweiten Weltkrieg hatte in Österreich keine Partei mit so großem Vorsprung wie jetzt die ÖVP eine Nationalratswahl gewonnen. Die ÖVP liegt aktuell mehr als 14 Prozentpunkte vor der zweitplatzierten SPÖ.

Für die SPÖ von Parteichefin Pamela Rendi-Wagner reichte es nur zu 21,5 Prozent – ein Minus von fünf Prozentpunkten und der historisch schlechteste Wert der SPÖ. Sebastian Kurz (ÖVP) habe es geschafft, seine Politik so darzustellen, daß er der Glaubwürdigste geworden sei, sagte der SPÖ-Politiker Hannes Swoboda.

Die Koalitionsfrage

Bei der FPÖ herrscht nach dem Debakel Katerstimmung, die Koalitionsbildung in der Alpenrepublik wird komplizierter. Kurz und die ÖVP hatten vor der Wahl keine Koalition ausgeschlossen – auch ein erneutes Bündnis mit der FPÖ nicht. Die FPÖ selbst nahm sich noch am Abend weitgehend aus dem Koalitionsspiel heraus und kündigte einen „Neustart“ an, voraussichtlich in der Opposition. Ob diese Ankündigung glaubhaft ist, bleibt abzuwarten. Vor der Wahl hatte man deutliche Bereitschaft signalisiert, erneut mit der ÖVP zu regieren.

Eine große Koalition zwischen ÖVP mit SPÖ, die auch rechnerisch möglich ist, gilt angesichts des tiefen Mißtrauens zwischen den beiden Volksparteien (und in der Bevölkerung) als besonders schwierig. Die SPÖ müßte auch aus einer Position der Schwäche heraus verhandeln.

Damit rückt ein mögliches Bündnis in den Mittelpunkt, das vor wenigen Monaten noch als kaum denkbar galt: Schwarz-Grün. Der 57-jährige Grünen-Parteichef Werner Kogler gilt als durchaus aufgeschlossen.

Durch die schweren Verluste von FPÖ und SPÖ droht eine Absage beider Parteien an Sebastian Kurz. Dies macht die Grünen zu Königsmachern, und die Partei könnte in den Koalitionsverhandlungen mit der ÖVP deutlich höhere Forderungen stellen.

Der historische Sieg von Sebastian Kurz ist demnach gleichzeitig auch ein Problem für die ÖVP. Viel hängt bei den Koalitionsverhandlungen davon ab, wie schwach FPÖ und SPÖ schlußendlich sind, und ob ein Bündnis zwischen ÖVP und Neos vielleicht doch noch möglich wird. Kurz hat sich bisher noch mit keinem Wort dazu geäußert, mit welchem Partner er weiter regieren möchte

Und dazu gehört eine weitere Erkenntnis: Es besteht für die Konservativen – auch in Deutschland – kein Anlaß, das Ergebnis der Wahl zu bejubeln. Zum Einem ist festzuhalten, daß die ÖVP – ähnlich wie die Union – nicht als eo ipso „konservativ“ ist. Und zum anderen: Auch bei der Person Sebastian Kurz empfehle ich Zurückhaltung. Er gilt zwar als konservative, aber man darf sich nichts vormachen:

Im politischen Weltbild des Sebastian Kurz steht nicht das Konservative im Mittelpunkt, sondern nur eines: die Person Sebastian Kurz. Und der ist durchaus flexibel – um des Machterhalts willen nach allen Seiten.

Die Alternative ist klar, wenn auch so (noch) nicht in Wien geäußert:

Will Kurz eine erneute Koalition mit den Freiheitlichen und damit eine klare Absage an einen weiteren Linkstrend in Österreich und Europa? Will er die „rechte“ Achse in Europa stärken, im Einklang mit Ungarns Viktor Orbán, Polens Jarosław Kaczyński, Rumäniens Sozialdemokraten und anderen? Oder will Kurz eine Koalition, die die grün-sozialistische Entwicklung der Europäischen Einigung weiter vorantreibt, den „Moloch Brüssel“ gefräßiger macht und die „Ost-Länder“ (z.B. Visegrad) mehr und mehr in der EU isoliert?

Politische Differenzen

Ähnlich der Entwicklung in Deutschland steht auch Österreich in einem kaum zu lösenden Dilemma: Die „Menschen auf dem Land“ einerseits und die „Großstädter“ andererseits. Dort die Menschen, die jeden Tag früh aufstehen, da die Demos und Fridays for Future. Dort das Thema Migration, das am stärksten bewegt, da das Thema Klimawandel, das für das wesentlichste gehalten wird.

Links gegen rechts

Und diese Liste ließe sich noch fortsetzen. Im Kern ist es ein Konflikt links gegen rechts. Genauer gesagt: Eine rechte Bevölkerungsmehrheit steht linken Opinionleadern gegenüber. Und das Phänomen ist nicht wirklich neu: Mit Ausnahme der Zeit der absoluten Mehrheit des SPÖ-Kanzlers Bruno Kreisky gab es in Österreich bei Wahlen stets eine rechte Mehrheit von ÖVP und FPÖ. Und ab der Ära Kreisky gab es dann anhaltend auch eine linke Hegemonie im öffentlichen Diskurs, der von den Medien angeheizt wird. Eine solche hatte es zuvor nicht gegeben. Die '68er-Bewegung hatte das Feld für den Paradigmenwechsel aufbereitet. Und seit dem Abgang Bruno Kreiskys hat sich auf diesem Feld auch nicht mehr viel getan: Die Mehrheit der Wähler war und ist „rechts“, die Mehrheit der Intellektuellen links.

Die Koalitionsverhandlungen dürften spannend und nervenaufreibend werden. Es geht nicht nur um Österreich, sondern auch um die Zukunft Europas!

DER HAMMER DES TAGES: CDU UND AFD ARBEITEN ZUSAMMEN

Von Peter Helmes

Eine Provinzposse erschüttert die Politik – oder: Viel Lärm um nichts

Haben wir sonst keine Probleme, als uns über ein lokales „Ereignis“ aufzuregen?

In der kleinen pfälzischen Gemeinde mit (ausgerechnet) dem Namen *Frankenstein* – nomen est omen? – arbeiten im Gemeinderat zukünftig CDU und AfD zusammen. Die „Träger“ dieser schweren Entscheidung sind ein Ehepaar mit unterschiedlicher Parteizugehörigkeit, nämlich die Ehefrau bei der AfD und der Ehemann bei der CDU.

Hätte in einer Nachbargemeinde die SED-Linke mit der CDU koalitiert, würde kein Hahn krähen. Aber in Kohl's ehemaligem und heute rotem Stammland geht das nicht, geht das gar nicht, wie die Reaktionen zeigen:

„Das widerspricht allem, was uns wichtig ist und was wir beschlossen haben“, ereifert sich der CDU-Generalsekretär. Sogar ein Parteiausschlußverfahren soll die causa klären.

Der „*blanke Horror*“, „*rote Linie wurde überschritten*“, „*Erschütterung*“, „*Entsetzen*“ und gar „*Schockwellen bis nach Berlin*“. Der zuständige CDU-Kreisverband „*schäumt*“.

Es scheint, daß die Partei in ihren Grundfesten erschüttert ist. Die Medien begleiten diesen „Skandal“ natürlich mit entsprechenden Kommentaren, z. B.:

- *Frankenstein in Rheinland-Pfalz geschockt über Bündnis aus CDU und AfD* (Saarbrücker Zeitung)

- *Zusammenarbeit im rheinland-pfälzischen Ort sorgt für Aufschrei bei den Christdemokraten* (Rhein-Neckar-Zeitung)

Wißt Ihr was, Ihr „lieben“ Parteifreunde in der Pfalz? Wenn Ihr so weiter agiert – gegen eine inzwischen in allen Parlamenten sitzende Partei, die das Grundgesetz bejaht und in deren Reihen viele ehemalige CDU-Mitglieder sitzen – dann dürft Ihr Euch nicht wundern, wenn in den kommenden Wahlen Wunden geschlagen werden, von denen Ihr Euch kaum werdet erholen können.

Das „Klimapaket“ der Bundesregierung ist ein Bruch zentraler Wahlversprechen
*Von Thomas Jahn *)*

Ähnlich wie Präsident Macron in Frankreich vor einem Jahr, hat nun auch die SPD-geführte schwarz-rote Bundesregierung die künstlich inszenierte Klimadebatte für massive Steuererhöhungen missbraucht, obwohl der erst Anfang 2018 unterschriebene Koalitionsvertrag genau solche Steuererhöhungen ausschließt.

- Die ab 2021 angekündigte und ab 2026 massiv geplante **Erhöhung der Benzinsteuer** wird durch die lächerlich niedrige Wiedereinführung der Pendlerpauschale nicht einmal ansatzweise kompensiert.
- Das **Verbot von Ölheizungen** ist eine absurde Gängelung der Bürger, die ohnehin schon mit den weltweit strengsten Energiesparauflagen und den höchsten Strompreisen aller Zeiten zu kämpfen haben.

Das neue „Klimapaket“ der Bundesregierung setzt insgesamt auf Maßnahmen, die schon in der Vergangenheit keinen Beitrag zu CO₂-Reduzierung geleistet haben, wie etwa die vor 20 Jahren von Rot-Grün eingeführte Ökosteuer.

Umweltpolitischer Flop

Eine aktuelle Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) hält „die Ökosteuer umweltpolitisch für einen Flop. Die beabsichtigte Lenkungswirkung habe sich durch die massive Erhöhung der Benzin- und Brennstoffpreise gerade nicht entfaltet.

Wie schon vor 20 Jahren geht es auch heute nur um Einnahmenerhöhungen, weil offenbar die weiterhin ungebremste Politik der Massenmigration in unsere Sozialsysteme an ihre finanziellen Grenzen stößt.

Auch die bisherige „Ökosteuer“ mit einem Aufkommen von heute rund 20 Milliarden Euro kommt lediglich dem allgemeinen Steueraufkommen des Bundes zugute, ohne dass irgendwelche ökologischen Effekte erkennbar wären.

Wenn es Merkel, Söder und Kramp-Karrenbauer wirklich um die Reduzierung von CO₂ gehen würde, müssten sie nur die kopflose Energiewende mit dem Ausstieg aus der CO₂-neutralen Kernenergie beenden. Der aber mit etwa 2 % verschwindend geringe Anteil Deutschlands am

weltweiten CO₂-Ausstoß ist ohnehin so gering, dass die mit dem „Klimapaket“ beschlossenen Steuererhöhungen, Verbote und Bürokratieblüten völlig unverhältnismäßig sind.

Hinzu kommt, dass weder der zwischen Union und SPD geschlossene Koalitionsvertrag die jetzt beschlossenen Steuererhöhungen vorsieht, noch die Wahlprogramme von CDU oder CSU. Im letztjährigen Landtagswahlprogramm der CSU kommt das Wort „Klima“ nur einmal vor, ohne irgendwelche konkreten Forderungen zu erheben. Dafür kann man dort Sätze wie diese lesen:

„Höhere Steuern und immer neue Umverteilungsinstrumente lehnen wir strikt ab.“
(https://www.csu.de/common/csu/content/csu/hauptnavigation/dokumente/2018/CSU-Wahlprogramm_JA_ZU_BAYERN.pdf)

Ähnliches findet sich auch im „Bayernplan“ der CSU zur Bundestagswahl 2017 (Seite 6):
„Dieses Versprechen erneuern wir: Keine Steuererhöhungen in der nächsten Legislaturperiode.“
(https://www.csu.de/common/download/Beschluss_Bayernplan.pdf)

Versprochen – gebrochen!

Ausgerechnet in Zeiten höchster Abgabenlast und der höchsten Staatseinnahmen aller Zeiten erhöhen Merkel, AKK und Söder die Steuern.

Das Klimapaket ist aber auch ein Schlag ins Gesicht all jener, die vor allem als Handwerker, Berufspendler oder Bewohner des ländlichen Raums auf das Auto angewiesen sind.

Ausgerechnet in einer sich abzeichnenden Wirtschaftskrise kommen die Spitzen von CDU und CSU auf die absurde Idee, die jetzt schon überteuerten Benzinsteuern zu erhöhen, obwohl die deutschen Strom- und Brennstoffpreise die höchsten der Welt sind.

Nach der europäischen Statistikbehörde Eurostat lag der Durchschnittspreis für eine Kilowattstunde Strom in der EU 2017 bei durchschnittlich 20,45 Cent und in Deutschland bei 30,48 Cent. Dieser Preis ist 2019, wegen der planwirtschaftlichen Mechanismen des „Erneuerbare-Energien-Gesetzes“, weiter stark gestiegen. Fast 344.000 Haushalten in Deutschland wurde 2017 der Strom wegen unbezahlter Rechnungen abgestellt. Das waren etwa 14.000 Stromsperrern mehr als 2016, wie die Bundesnetzagentur bestätigte.

In der ohnehin schon durch die Politik der Verteufelung des Dieselmotors angeschlagenen deutschen Autoindustrie wird diese wirtschaftsfeindliche Politik den Abwärtstrend verstärken und zum Verlust Hunderttausender Arbeitsplätze, vor allem auch in der mittelständischen Zulieferindustrie führen.

Notwendig wären stattdessen nachhaltige Steuersenkungen zur Entlastung von Bürgern und Unternehmen.

Klimapolitische Maßnahmen, wie der CO₂-Zertifikatehandel können nur in einem weltweiten Maßstab funktionieren. Nationale Alleingänge leisten keinen messbaren Beitrag zur CO₂-Einsparung und gefährden lediglich deutsche Arbeitsplätze.

Was können wir alle gegen diese zerstörerische, unnütze und absurde Politik tun?

Als betroffene Bürger, Steuerzahler, Berufspendler, Arbeiter und Unternehmer dürfen wir die Straße und die Hoheit über die durch die linkstendenziösen Medien dominierte „Klimadebatte“ nicht mehr länger linksgrünen Lobbyorganisationen überlassen.

Die steuerzahlenden Bürger müssen sich endlich zu einer außerparlamentarischen bürgerlichen Protestbewegung formieren, die gegen die massive Beschränkung unserer Freiheits- und Eigentumsrechte kraftvoll die Stimme erhebt und die Errungenschaften des Rechtsstaats und einer freien Marktwirtschaft gegen ewiggestrige sozialistische Bestrebungen verteidigt. Gegen Sozialisten, die ihre totalitären Ziele heute nicht mehr mit dem Kampf für mehr soziale Gerechtigkeit bemänteln, sondern als Vorwand für ihre staatlichen Allmachtsfantasien das Thema „Klimaschutz“ für sich entdeckt haben.

*) Der Autor Dr. Thomas Jahn ist beruflich als Rechtsanwalt tätig und engagiert sich ehrenamtlich als stellvertretender Bundesvorsitzender der WerteUnion. Die WerteUnion ist eine Basisbewegung in CDU und CSU, die die Interessen der wertkonservativen und wirtschaftsliberalen Unionsmitglieder vertritt. Peter Helmes und Thomas Jahn sind Mit-Initiatoren der WerteUnion.

Wahrheit über Kriegsbeginn

Von Gerd Schultze-Rhonhof *), 8. September 2019

Vorbemerkung

Sehr geehrte Damen und Herren!

Als das Migrations-Desaster hochkochte, habe ich Ihnen meine Briefe an Frau Dr. Merkel, an die Parteivorsitzenden und an alle Bundestagsabgeordneten zu Ihrer Information geschickt. Viele von Ihnen haben damals gebeten, Sie auch in Zukunft über ähnliche meiner Briefe zu informieren.

Nun ist nach meinem Empfinden wieder eine solche Situation entstanden. Ich kann mein Unverständnis über Polens Reparationsforderungen an Deutschland und den gleichzeitigen Sühnetourismus von deutschen Spitzenpolitikern nach Polen aus Anlass des Beginns der Zweiten Weltkriegs nicht schweigend hinunterschlucken. Polen verlangt Reparationen, ohne seine eigene starke Mitverantwortung am Kriegsausbruch und die Annexion der ostdeutschen Provinzen in Rechnung zu stellen. Noch lehnt die Bundesregierung Reparationen ab.

Aber mit den „Sühne- und Verantwortungs-Bekanntnissen“ unseres Herrn Bundespräsidenten, unseres Herrn Bundestagspräsidenten und unserer Frau Bundeskanzlerin in Polen und der Schallverstärkung in fast allen deutschen Medien wird die deutsche „Kollektivschuld“, die heute anders genannt wird, wieder so reaktiviert und im kollektiven Bewusstsein der Deutschen so wachgerüttelt, dass ich befürchte, dass Bundestag und Bundesregierung doch wieder einen Modus finden zu bezahlen. Der Steuerzahler wird die Reparationen dann wahrscheinlich unter anderem Namen entrichten.

Polen wusste den 1. September 2019 und den Luftangriff auf die Stadt Wielun wirkungsvoll dazu zu inszenieren. Und unsere Spitzenpolitiker wussten wieder einmal nichts darüber, wie Polen von 1919 bis 1939 den Krieg zwischen Deutschland und Polen kräftig mitverursacht hat, weil seit Kriegsende kein deutsches Schulgeschichtsbuch mehr darüber unterrichtet. Stattdessen obsiegt wieder einmal der deutsche Schuld-Exhibitionismus.

Ich habe vier Jahre in Archiven zu diesem Thema gearbeitet und zwei Bücher darüber geschrieben. Ich kann es nicht mehr ertragen, dass die Alleinverantwortung für den Zweiten Weltkrieg von unseren eigenen Politikern und Medien auf unseren Schultern abgeladen wird und muss mir meine Wut darüber von der Seele schreiben. Wenn Sie das nicht interessiert, bitte ich Sie wegen dieser Störung um Entschuldigung. Dann löschen Sie bitte gleich die umfangreiche Anlage zu dieser Mail.

Mit besten Grüßen
Ihr
Gerd Schultze-Rhonhof

Erinnerung an das, was vor und beim deutschen Angriff auf Polen vor 80 Jahren tatsächlich geschah

Einleitung

Pünktlich zum 1. September wurde wieder und leider mit scharfen und falschen Tönen an den Beginn des Zweiten Weltkriegs mit dem deutschen Polenfeldzug erinnert. Die Töne aus Polen dazu waren scharf und fordernd, die aus Deutschland falsch und schädlich. Es ging dabei um Reparationsforderungen an Deutschland und Zurückweisungen deutscher Einmischungen in innerpolnische Angelegenheiten auf der einen Seite und um Schuld- und Verantwortungs-Bekanntnisse und Einmischungen in innerpolnische Vorgänge auf der anderen.

Kulminiert hat diese Gemengelage am polnischen Gedenktag zur 80. Wiederkehr des Kriegsbeginns. Die polnische Seite inszenierte Gedenkfeiern in der am ersten Kriegstag von der deutschen Luftwaffe bombardierten „friedlichen und ungewarten“ Kleinstadt Wielun. Und in ganz Polen fanden solche Feiern zur Erinnerung an den deutschen „Überfall“ auf das „Opfer“ Polen statt. Das alles wäre eine innerpolnische Angelegen gewesen, wenn nicht die Frau Bundeskanzler, der Herr Bundespräsident und der Herr Bundestagspräsident nach Polen gereist und mit ihren „Schuld- und Verantwortungs-Bekanntnissen“ das würdelose Bild von schlecht informierten Bußgängern im Namen des deutschen Volks abgegeben hätten.

Das Problem historischer Erinnerungen und Betrachtungen ist, dass man Geschichte nur in Zusammenhängen begreifen kann. So muss ich, um diese darzustellen, auf das heutige und das frühere deutsch-polnische Verhältnis eingehen, auf die vertraglich vereinbarten Festlegungen für die deutsche Geschichtsschreibung zur Vorkriegs- und Kriegszeit und auf den Gedenk Anlass „Wielun“.

Das heutige deutsch-polnische Verhältnis

Vorrang im heutigen Umgang zwischen Polen und Deutschland hat die Pflege des guten und dennoch fragilen Verhältnisses der zwei inzwischen ausgesöhnten Völker. Störend und gefährlich wirken dabei die deutschen Einmischungen in die polnische Migrationspolitik und Rechtspolitik sowie die offensichtlich völlige Unkenntnis deutscher Spitzenpolitiker von der Mitverantwortung Polens am Kriegsausbruch. Störend und gefährlich wirken dabei auch die polnischen Reparationsforderungen, das Instrumentalisieren angeblicher deutscher **Alleinschuld** am Kriegsausbruch und die fehlende Aufarbeitung der eigenen Kriegs- und Außenpolitik und der Verfolgung der Juden und Orthodoxen Christen in Polen zwischen beiden Kriegen.

Die Deutschen sollten aufhören, den Demokratie- und Migrationsoberlehrer Europas zu spielen, und die Polen sollten aufhören, Deutschland mit seinem Teil der Kriegsschuld zu erpressen. Und Deutsche und Polen sollten die Realitäten der Jahre zwischen 1918 und 1939 zur Kenntnis nehmen und anerkennen.

Entlarvend ist hierzu ein Kommentar des Leiters der deutschen Delegation bei der **deutsch-polnischen Schulbuchkommission** bei einer Vorstellung der deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen. Er sagte:

*"Ich möchte sehr hoffen, dass das, was wir hier vorlegen, nicht etwa als Wissenschaftsergebnis betrachtet wird. Das ist es nicht. Es ist ein politisch-pädagogisches Ergebnis des geringsten gemeinsamen Nenners. In der vorliegenden Form sind die deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen Ausdruck politischen Willens, **nicht aber wissenschaftlicher Erkenntnis.**"¹*

Polens Beitrag zum Kriegsausbruch 1939

Nach vielen hässlichen deutsch-polnischen Auseinandersetzungen um Oberschlesien und Danzig nach 1918 trat unter Hitler und Pilsudski ab 1934 eine kurzzeitige Beruhigung des angespannten Verhältnisses und sogar eine Bündnispartnerschaft ein. Wie konnte es trotzdem schon bald danach zu einem deutsch-polnischen Krieg und damit zu einem neuen Weltkrieg kommen?

Nach dem Ersten Weltkrieg hatten die Siegermächte dem Staat Polen mehrere ehemals deutsche Gebiete zugesprochen: die Provinz Westpreußen mit nur 35% polnischer, aber mehrheitlich deutscher Bevölkerung, die Provinz Posen und den östlichsten Teil Oberschlesiens mit polnischer Mehrheit.

Der erste Konfliktherd war die von Deutschland abgetrennte Hansestadt Danzig. Die Stadt **Danzig mit Umland** und mit 97% deutscher Bevölkerung war ein so genannter Freistaat unter der Oberhoheit des Völkerbunds geworden, also eine kleine halbsouveräne Republik, aber nicht ein Teil des Staates Polen.

Dem Staat Polen waren jedoch im Versailler Vertrag besondere Zoll-, Post-, Bahn- und Wegerechte im Freistaat zugestanden und die diplomatische Außenvertretung Danzigs übertragen worden, und Danzig war dem polnischen Zollgebiet zugeschlagen worden. Polen aber wollte die übrigen Hoheitsrechte, die nun beim Freistaat Danzig lagen, nicht anerkennen und auf sich selber übertragen haben.

Polen beantragte beim Völkerbund, **Protectoratsmacht** über Danzig zu werden, die **Oberhoheit** über Danzig zu erhalten, es versuchte **Truppen** in Danzig zu stationieren, dort ein eigenes **Postnetz** aufzubauen, die **Pässe** der Danziger gegen polnische Pässe auszutauschen, es legte **24 polnische Behörden** in die Stadt und verlegte **Kriegsschiffe** in den Danziger Hafen.

Schon **vor** Hitlers Machtübernahme in Deutschland 1933 musste der Völkerbund **106 mal** in die Streitfälle zwischen dem Freistaat Danzig und der Republik Polen eingreifen,² also durchschnittlich alle 6 Wochen einmal. Der Völkerbund hat damals fast alle angeblichen Ansprüche Polens zurückgewiesen.

Ab dem 24. Oktober 1938 versuchte Deutschland in sechs immer neuen Verhandlungsanläufen mit dem damals verbündeten Polen die deutsch-polnischen Differenzen aus der Welt zu schaffen. Die deutsche Reichsregierung hatte dabei drei Ziele: erstens die Wiedervereinigung der schon genannten Stadt Danzig mit dem Mutterland, zweitens einen exterritorialen Zugang quer durch den polnischen Korridor nach Ostpreußen und drittens die Einhaltung der vertraglich zugesicherten Minderheitenrechte für die deutsche Minderheit in Polen. Das deutsche Gegenangebot war die immer wieder von Polen erbetene deutsche

¹Prof. Dr. Josef Joachim Menzel, Mainz, im Protokoll einer Anhörung im Mainzer Landtag.

²Burckhardt Carl (Hoher Kommissar des Völkerbunds in Danzig) „Meine Danziger Mission 1937-1939“ Seite 36

Anerkennung der polnischen Gebietserwerbungen seit 1918 in Ost-Oberschlesien, Westpreußen und der Provinz Posen. Zum deutschen Vorschlag gehörte auch das Angebot, den deutsch-polnischen Nichtangriffspakt von 10 auf 25 Jahre zu verlängern.³ Hitlers ergänzender Kompromissvorschlag dazu vom Januar 1939 lautete: „Danzig kommt politisch zur deutschen Gemeinschaft und bleibt wirtschaftlich bei Polen.“⁴

Frankreich torpedierte die deutschen Verhandlungsversuche von Anfang an und England unterließ sie, nachdem Hitler Chamberlains Vertrauen mit der völkerrechtswidrigen Besetzung der Resttschechei zutiefst verletzt hatte. Beide, Frankreich und England, versprachen Polen, das zu der Zeit noch mit Deutschland verbündet war und das von Deutschland in der Danzig-Sache noch nicht einmal unter Druck gesetzt worden war, eine „Garantie“, nämlich militärische Unterstützung für den Fall, dass Deutschland seine Wünsche nach Danzig und der Passage durch den Korridor eines Tages mit Gewalt durchsetzen würde. Polen wechselte nach dem Garantieverprechen die Front vom deutschen Bündnispartner zum britisch-französischen Bündnispartner und wies fortan alle deutschen Wünsche kategorisch ab.

Die Streitigkeiten zwischen Polen und der kleinen Republik Danzig schmorten derweilen weiter. Sie gipfelten im Sommer 1939 in einer Auseinandersetzung um die **Bewaffnung polnischer Zollbeamter** auf Danziger Territorium. Der Danziger Senat wollte die Bewaffnung der polnischen Beamten auf seinem Hoheitsgebiet nicht dulden und kündigte die Zusammenarbeit zwischen Danziger und Polens Zollbeamten auf. Die polnische Regierung drohte dem Freistaat Danzig daraufhin mit Zwangsmaßnahmen, was de facto eine Kriegseröffnung bedeutet hätte.⁵ Es war Hitler, der 3 Wochen vor seiner eigenen Kriegseröffnung den Danziger Senat gedrängt hat, im Streit mit Polen einzulenken.⁶ Er sagte, er könne keinen Streit mit Polen brauchen. Hitler wollte sich offensichtlich noch immer die Tür für eine Verhandlungslösung mit den Polen offen halten. Und die englische und die französische Regierung haben die polnische zurückgepfiffen, weil sie nicht wollten, dass der Krieg von Polen ausgelöst würde.

Wenn jemand das Danziger Problem zum Sieden gebracht hat, war es der Staat Polen mit seiner Danzig-Politik bis 1939.

Der zweite Konfliktherd war der so genannte **polnische Korridor**. 1921 musste Deutschland Westpreußen an Polen abtreten und damit auch das Gebiet zwischen Ostpreußen und dem deutschen Hauptgebiet, den sogenannten polnischen Korridor zur Ostsee. Über Westpreußen liefen jedoch 8 ehemals deutsche Eisenbahnstrecken nach Ostpreußen. Zwei Drittel der Transporte über diese Strecken transportierten Kohle aus deutschen Gruben für die Energieversorgung Ostpreußens. Die Transitgebühren dafür waren in Zloty an Polen zu entrichten. Das war vertraglich so geregelt worden. In und nach der Weltwirtschaftskrise aber nahm Deutschland nicht mehr genug Zloty-Devisen ein, um die Gebühren in voller Höhe bezahlen zu können. Deutschland bezahlte die fehlenden Beträge nun in Reichsmark und wollte sie mit polnischen Schulden verrechnen. Beides lehnte Polen ab.

Polen schloss stattdessen zur Strafe für den deutschen Vertragsbruch eine Eisenbahnverbindung nach der anderen. 1936 drohte die polnische Regierung, bei weiterhin

³Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, Serie D, Band V, Dokument 81

⁴Ebenda, Dokument 119

⁵Polnisches Ultimatum vom 5. August 1919, 1 Uhr, siehe Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, Serie D, Band VI, Dokument 774

⁶Ebenda Dokument 771

unvollständigen Zloty-Zahlungen, auch die letzten Eisenbahnverbindungen zwischen dem Reichsgebiet und Ostpreußen zu schließen.⁷ Damit wäre Ostpreußen dem wirtschaftlichen Ruin preisgegeben gewesen.

Ähnliches hat die Sowjetunion ja 20 Jahre später mit der Berliner Blockade auch versucht.

So entstand Hitlers zweites Ziel für die Verhandlungen und der zweite Grund für den späteren Angriff auf Polen, nämlich der Wunsch nach einer exterritorialen Eisenbahn-Trasse vom Reich nach Ostpreußen unter deutscher Hoheit und Regie und auf deutsche Kosten.

Den **dritten Verhandlungs- oder Kriegsgrund** kann ich in seinen Einzelheiten hier wohl überspringen. Ich glaube, es ist bekannt, wie Polen mit seinen **12 Millionen nationalen Minderheiten** an Weißrussen, Ukrainern, Juden und Deutschen umgegangen ist. Hitler verlangte von Polen die Einhaltung der in Versailles verbrieften Minderheitenrechte für die deutsche Minderheit in Polen. Diese Minderheitenrechte waren 1937 noch einmal in einem bilateralen deutsch-polnischen Vertrag zugesichert und dann erneut vielfach verletzt worden. Als 1939 der polnische Druck auf die deutsche Minderheit noch einmal anstieg, flohen bis zum Kriegsausbruch 94.000 Deutsche aus Polen nach Danzig und ins Reichsgebiet in dortige Auffanglager.

Im neuen Staat Polen lebten also genau 60% Polen (18 Mio.) und 40 % Bürger (12 Mio.) anderer Nationalität. Letztere waren 5 Mio Ukrainer, 2,9 Mio Weißrussen, 2,5 Mio Juden, 1 Mio Deutsche und 0,7 Mio Andere.

Es sollte auch nicht ganz vergessen werden, dass die polnische Regierung der französischen 1933 dreimal angeboten hat, einen gemeinsamen **Zweifrontenkrieg gegen Deutschland in der Mitte** zu eröffnen. Die Franzosen haben damals abgelehnt.⁸

Auch hat die Wehrmacht 1939 kein überraschtes Polen überfallen. Das polnische Heer war am 23. März 39 „teilmobil“ gemacht und mit ersten Teilen seitdem aufmarschiert, die Wehrmacht war erst seit Juni 1939 aufmarschiert.

Wenn man es in Eskalationsschritten ausdrückt, klingt das so:

Ende März 1939 boten England und Frankreich dem bis dahin mit Deutschland verbündeten Polen einen Beistandspakt gegen Deutschland an, und Polen leitete seine erste Mobilmachungsmaßnahme ein. **Ende März !**

Am 3. April gab Hitler erstmals eine Weisung an die Wehrmachtsführung, einen Plan für einen Angriff gegen Polen zu erarbeiten.⁹

Polen glaubte sich mit den Garantieverprechen der Briten und Franzosen auf der sicheren Seite, zumal die Franzosen mit ihren Zusagen an die Polen sehr konkret geworden waren. Am 19. Mai 1939 - also 4 Monate vor Kriegsausbruch - versprach der französische Oberbefehlshaber General Gamelin dem polnischen Kriegsminister Kasprzycki, dass Frankreich - wenn nötig – mit 40 Divisionen gemeinsam mit Polen in einen Krieg gegen

⁷Richter Friedrich „Die Korridorsperre 1936“ Historische Dokumentation, Seite 215

⁸Mackiewicz, Stanislaw, „Polityka Becka, Instytut Literacki, Paryż,“ 1946 , Seite22 (Titel auf Deutsch: Becks Politik)

⁹Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik, Serie D, Band VI, Dokument 149

Deutschland ziehen werde.¹⁰ Der französische Premierminister Daladier wusste aber aus einem vorherigen Gespräch mit Gamelin, dass Gamelin nicht plante, diese Zusage auch notfalls einzulösen. Daladier und Gamelin ließen die Polen in dem falschen Glauben, dass sie mit Frankreich gemeinsam gegen Deutschland siegen könnten. Anders ist die Siegesgewissheit der Polen vor Kriegsausbruch auch nicht zu erklären.

Ich glaube, mit dem Dauerstreit um Danzig, mit den nicht enden wollenden Versuchen, Danzig dem polnischen Staate einzuverleiben und den Drohungen, die Energieversorgung Ostpreußens abzuschneiden, hat Polen seinen großen Anteil an der Verantwortung für den Kriegsausbruch zu tragen.

Ansonsten ist der Staat Polen mit seinen selbst begonnenen Kriegen seit 1919 gegen die Sowjetunion und Litauen, seinen Erpressungs-Truppenaufmärschen an der litauischen und der tschechoslowakischen Grenze, den Annexionen weißrussischer, ukrainischer, litauischer und tschechoslowakischer Gebiete, seinem Militäreinsatz bei den Polenaufständen im damals deutschen Oberschlesien und der Verfolgung der Juden und Orthodoxen Christen im eigenen Land der damalige Brandstifter der Region gewesen. Die Polen waren nicht die Opfer dieser Zeit sondern Haie im Haifischbecken, die zum Schluss selbst gefressen wurden. Trotzdem ist die „Opferrolle Polens“ bis heute der Staatsmythos der Polen. Ihre Täterrolle zwischen beiden Weltkriegen ist dahingegen ein staatlich durchgesetztes Tabu.

Die heutige amtliche Geschichtsschreibung in Deutschland

Wie kommt die entgegengesetzte Behandlung desselben Themas in Deutschland zustande?

Die heutige amtliche deutsche Geschichtsschreibung ist durch die Rechtsprechung des Nürnberger Tribunals begründet worden, die in ihrem Urteilsspruch von 1946 auf exakt 200 Seiten die Siegerdarstellung der Vorkriegsgeschichte und der Geschichte des Zweiten Weltkriegs formuliert hat.

Die Regierung der BRD hat 1955 im Artikel 7 des Überleitungsvertrags und die Regierungen der BRD und der DDR haben 1990 gemeinsam in einem Zusatzprotokoll zum 2-plus-4-Vertrag festgelegt, dass das Nürnberger Urteil - damit auch die 200 Seiten

Siegergeschichtsschreibung - auf ewig für deutsche Gerichte und Behörden verbindlich bleibt. Beide Festlegungen haben den deutschen Bundestag passiert, und sie sind nachzulesen in den Bundesgesetzblättern BGBI Teil II, 1955, Heft 8, Seite 413 und BGBI Teil II, Heft 42, Seite 1387. Behörden sind im Sinne des Vertragstextes auch die Kultusministerien der Bundesländer, die die Geschichtslehre und Unterrichtsmaterialien in und für Schulen, Universitäten und andere Landesbildungsinstitute überwachen und genehmigen oder sperren.

Damit ist die Sieiegergeschichtsschreibung über die Entstehung und den Verlauf des Zweiten Weltkriegs derzeit in Deutschland kodifiziert. Die oft erhobene Gegenbehauptung, die im Grundgesetz verankerte Freiheit von Forschung und Lehre setze diese beiden internationalen Verträge außer Kraft, wirkt sich in der Praxis nicht aus. Erstens sind die Verträge nicht gekündigt und nicht in den Bundesgesetzblättern für ungültig erklärt, zweitens entspricht die Lehr- und Veröffentlichungspraxis immer noch den genannten Verbindlichkeitsauflagen der Sieiegergeschichtsdarstellung und drittens wird die Abweichung von der Sieiegergeschichtsschreibung nach erneuter Akten- und Faktenüberprüfung von den Verfassungsschutzämtern als „Revisionismus“ und als verfassungsfeindlich eingestuft. Dessen ungeachtet schreiben inzwischen etwa 10 deutschsprachige Historiker in Deutschland und Österreich entgegen der Verbindlichkeitserklärung für die Sieiegergeschichtsschreibung wie

¹⁰Piekalkiewicz, Janusz „Polenfeldzug“, 1998, Seite 45

sich die Vorgeschichte und die Geschichte des Zweiten Weltkriegs tatsächlich zugetragen haben.

Es müsste bisher auch schon einigen Geschichtsinteressierten verdächtig vorgekommen sein, dass sich die deutsche Schulgeschichtsliteratur und die marktübliche Geschichtsliteratur konsequent über die nicht-deutschen Kriegsursachen ausschweigen. Das sind, um Beispiele zu nennen, Vertragsbrüche gegenüber Deutschland, Ablehnungen deutscher Vorschläge für Rüstungs-Obergrenzen, Rüstungswettläufe vor der deutschen Wiederaufrüstung, Kriegsvorbereitungen gegen Deutschland, die polnischen Versuche, Danzig dem polnischen Staat anzugliedern, der polnische Versuch, Ostpreußen von seiner Energieversorgung abzuschneiden, Einmärsche französischer, belgischer, polnischer und litauischer Truppen in deutsche Grenzregionen in den 1920er Jahren, die Minderheiten-Unterdrückungen in Polen und der Tschechoslowakei gegen ihre deutschen, österreichischen, jüdischen, weißrussischen, ukrainischen, slowakischen und ungarischen Bevölkerungsanteile und zum Schluss die französischen und englischen Behinderungsversuche und Behinderungen der deutsch-polnischen Verhandlungen um eine friedliche Danzig-Lösung 1939. Alle diese Vorgänge gehören zu einer umfänglichen Geschichtsdarstellung und Bewertung dieser Zeit und zur Beurteilung der damaligen deutschen Außen- und Sicherheitspolitik.

Das Beispiel „Wielun“

Zum 80. Gedenktag des deutschen Angriffs gegen Polen ist diesmal der deutsche Luftangriff auf die polnische Grenzstadt Wielun zum Symbolfall stilisiert worden (und nicht, wie sonst üblich, Danzig). Den Polen sei ihr Gedenken dort unbenommen.

Für uns Deutsche bekommt das dortige Gedenken durch die Teilnahme des Herrn Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier, seine Rede dort und das deutsche Presseecho sein Gewicht. Bundespräsident Steinmeier hat in Wielun im deutschen Namen „um Vergebung für die deutsche historische Schuld gebeten“, sich zur deutschen „bleibenden Verantwortung bekannt“ und seine Rede mit einigen falschen Tatsachenbehauptungen angereichert. Er und die Mehrheit der deutschen Medien haben weitgehend überlappend den deutschen Luftangriff auf Wielun am ersten Kriegstag als Bombenterror auf eine kleine, militärisch unbedeutende Stadt geschildert, bei dem 1200 Bürger dieser Stadt getötet worden sind und, so die hiesige Presse, dass das dortige Krankenhaus das Ziel gewesen ist. Wieweit sich hier Wikipedia-Wissen und polnische Selbstdarstellung mischen, denen Herr Steinmeier aufgesessen ist, kann ich nicht beurteilen. Darauf will ich auch erst im folgenden Absatz eingehen.

Zum „Fall Wielun“ hätten sich Herr Steinmeier und sein Geschichtsberater im Bundespräsidialamt besser an ältere polnische Fachliteratur gehalten.

So galt der erste deutsche Luftangriff nicht dem „Wieluner Krankenhaus“ sondern der 28. poln. Infanteriedivision, die mit ihrem Divisionsstab und Truppen in und um Wielun in Stellung lag. So nachzulesen in „Kampania Wrześniowa 1939“. Auch stimmt die Behauptung nicht, dass „dort keine militärischen Einrichtungen oder Verteidigungsanlagen existierten“. Im Vorfeld Wieluns waren militärische Stellungen angelegt worden. Weitere polnische Truppen waren hinter Wielun aufmarschiert. Diese Konzentration stammte aus einem Aufmarschplan für einen ursprünglich vorgesehenen Angriff der polnischen „Armee Łódź“ auf Breslau.

Auch war der deutsche Angriff 1939 kein „Überfall auf ein militärisch unvorbereitetes Land“. Die polnische Teilmobilmachung begann am 23. März 1939, so schreibt Ryscard Mirowicz im Buch „Edward Rydz-Śmigły“. Und Hitler gab seinen allerersten Befehl an die

Wehrmachtsführung, einen Angriffsplan gegen Polen zu erarbeiten, erst am 3. April 39, also eine Woche danach. Der polnische Aufmarsch begann mit ersten Teilen ebenfalls am 23. März 39 und der deutsche erst im Juni. Und am 1. Kriegstag waren sowohl die polnischen als auch die deutschen Streitkräfte in fast voller Stärke gegeneinander aufmarschiert.

Polen war zu Beginn des deutschen Angriffs nach 10 Monaten ergebnisloser deutsch-polnischer Verhandlungen und 5 Monaten eigenem Aufmarsch weder politisch noch militärisch überrascht. Insofern ist der Begriff „deutscher Überfall“ auch deplatziert. „Überfall“ ist ein auf die Überraschung eines ahnungslosen und unvorbereiteten Gegners berechneter Angriff.

Das letzte Märchen sind die „1200 Bürger Wieluns“ die Bombenopfer dieses deutschen Angriffs wurden. Nach dem polnischen Buch Tadeusz Olejniks „Wielun, das polnische Guernica“ sind nach den dortigen Kirchenbüchern ca. 100 katholische Zivilpersonen umgekommen, denen man entsprechend dem hohen Anteil von Juden in der Stadt sicherlich noch einige zig bedauerliche jüdische Bombenopfer hinzuzählen muss.

Solcher Selbstbezeichnungen und Luschigkeiten sollte sich der erste Mann in unserem Staat nicht schuldig machen, vor allem, wenn sie das deutsche Ansehen im Ausland zusätzlich belasten und wenn sie das Tor für Polens Reparationsforderungen ein Stück weit öffnen. Das Auswärtige Amt hätte vor der Reise des Herrn Bundespräsidenten in Warschau ausloten müssen, ob die polnische Seite ebenfalls vorgesehen hat, dass auch ein polnischer Redner das polnische Verhalten in der Vorkriegszeit bedauert, das den Kriegsausbruch mit verursacht hat. Wenn solches nicht vorgesehen war, hätte Bundespräsident Steinmeier besser geschwiegen. Außerdem gab es vor dem und während des Zweiten Weltkriegs genug deutsche Schuld und Opfer. Da musste Bundespräsident Steinmeier nicht Weiteres hinzu erfinden.

Bundespräsident Steinmeiers „Schuld- und Verantwortungsrede“

Bundespräsident Steinmeier hat mit seiner Wieluner Rede um „Vergebung für die deutsche historische Schuld“ gebeten und sich „zu unserer bleibenden Verantwortung bekannt“. Er hat mit dieser Rede auch Falsches über den deutschen Luftangriff auf Wielun gesagt und nicht einmal die Mitverantwortung Polens am Ausbruch des deutsch-polnischen Krieges 1939 angedeutet. Er hat in seiner Funktion als deutscher Bundespräsident im Namen des deutschen Volks gesprochen und mit seiner Wortwahl zu „Schuld und bleibender Verantwortung“ die unselige Hypothese von der deutschen **Kollektivschuld** wieder aufgewärmt.

Die bei Kriegsende und dem Ende des Dritten Reichs 18jährigen und älteren männlichen Deutschen sind jetzt 92 Jahre alt und älter und damit unter 1% der deutschen Bevölkerung. Schuld ist etwas Persönliches und weder vererblich noch übertragbar. Die mögliche persönliche Schuld von unter 1% der deutschen Bevölkerung als „deutsche historische Schuld“ zu bezeichnen, heißt, sie dem Kollektiv aller heute lebenden Deutschen anzulasten. Wenn er mit dem Wort „historische Schuld“ „frühere Schuld“ gemeint hätte, hätte er das auch so sagen müssen. Mit seiner Hinzufügung der „bleibenden Verantwortung“ hat er aber ausgedrückt, dass auch diese frühere Schuld bleibt. Er hat damit die deutsche Kollektivschuld gegenüber Polen „reanimiert“.

Bundespräsident Steinmeier war weder politisch noch moralisch befugt, dem deutschen Volk das Kainsmal einer bleibenden Kollektivschuld auf die Stirn zu malen. Mir fällt dazu ein Artikel eines Erziehungspsychologen in der Zeitschrift „Psychologie heute“ von 2012 ein. Dort beklagte er unter dem Titel „**Die Nation, die sich nicht mag**“ den Identitätsknick bei

deutschen Schülern, den sie durch ständige Wiederholung deutscher Schuld ab dem 9. Schuljahr verpasst bekommen.

Was kann Bundespräsident Steinmeier zu seiner Fehlleistung bewogen haben?
Ich vermute:

1. mangelnde Kenntnis und falsche fachliche Beratung,
2. die oben erwähnten vertraglichen Bindungen an die Sieergeschichtsschreibung,
3. der in sich geschlossene Regelkreis von Politik und amtlicher Historiographie,
4. jahrzehntelanger irreführender Medieneinfluss und
5. ein gewisses Quantum persönlichen Pharisäertums.

Zum geschlossenen Regelkreis von Politik und regierungsabhängiger Historiographie ist anzumerken, dass „Politik“ und Parteien in Deutschland dafür sorgen, dass nur Historiker mit dem Bekenntnis zur deutschen **Alleinschuld** am Zweiten Weltkrieg in leitenden Stellungen in Archiven, Universitäten und staatlichen und Landes-Bildungseinrichtungen Anstellung finden. Und die dort angestellten beraten die „Politik“ und die Parteien wiederum in diesem Sinn. Historiker, die nach ihren Forschungsergebnissen auch über die **Mit**verantwortung der Briten, Polen, Russen usw. am Weltkrieg und deren Kriegsverbrechen schreiben, kommen nicht in diesen geschlossenen Kreislauf. Sie werden stattdessen von den Verfassungsschutzämtern als „Revisionisten“ beobachtet und als verfassungsfeindlich bezeichnet und behandelt. So darf es nicht wundern, dass auch ein Bundespräsident in diesem falschen Sinn beraten wird.

Zum irreführenden Medieneinfluss ist anzumerken, dass die großen deutschen Medienkonzerne international vernetzt sind. So besitzen die größten deutschen Konzerne unter Anderem zig polnisch-sprachige Zeitungen in Polen. Sie können sich historische Beiträge zu Polens Verhalten gegenüber Deutschland vor Kriegsausbruch wirtschaftlich nicht leisten. Sie bleiben deshalb mit ihrer großen Medienwirkung in Deutschland bei ihrer polenverträglichen aber verfälschenden Berichterstattung über Krieg, Kriegsausbruch und Vorgeschichte. So veröffentlichte gerade eine große deutsche Mediengruppe, die auch 47 Zeitungen in Polen besitzt, in einer Ihrer bekannten Fernsehzeitschriften einen schauerlichen, ganzseitigen Artikel zum Ausbruch des Zweiten Weltkriegs. Da dies ein Dauerverhalten fast aller deutschen Medienkonzerne ist, darf es nicht wundern, dass die Dauerberegnung der Deutschen eine Dauerwirkung zeigt. So darf es auch nicht überraschen, dass auch der deutsche Bundespräsident davon beeinflusst ist.

Die Polen mögen sich über Herrn Steinmeiers Schuld-Exhibitionismus freuen. Aus anderen Ländern habe ich gehört und gelesen, dass dies Verhalten so vieler Deutscher für würdelos gehalten wird.

Ich wünsche mir, dass ein deutscher Bundespräsident unser Land wahrheitsgetreu und die Deutschen als ihr Anwalt vertretend repräsentiert und weder Eigentore schießt noch sich von Polen als „nützlicher Irrender“ missbrauchen lässt. Und von unserem Nachbarvolk, den Polen, wünsche ich mir, dass auch sie selbstkritisch in den Spiegel schauen. So wie der deutsche Staatsmythos von der **Alleinschuld** Deutschlands ein Aberglaube ist, so ist es auch der polnische, wirkungsmächtige Staatsmythos von der ewigen eigenen Opferrolle.

(Ende meines Kommentars)

Gerd Schultze-Rhonhof

Post scriptum: Ich versende diesen Kommentar nicht an den Herrn Bundespräsident, weil ich in ähnlich gelagerten Fällen keine Antwort erhalten habe.

Gegen eine unverfälschte Weitergabe meines Kommentars an Andere habe ich nichts einzuwenden.
Gerd Schultze-Rhonhof, 8. September 2019

Konservative Gedanken-Splitter

Griechenlands Tsipras

Vor knapp zwei Monaten wurde die neue griechische Regierung unter Kyriakos Mitsotakis vereidigt, der auf Tsipras als Ministerpräsident folgt. In der deutschen Presse wurde kaum über den Regierungswechsel in Griechenland berichtet. Zu ernüchternd wäre auch die Bilanz des linken Tsipras gewesen, der es zwar jahrelang schaffte, die Athener mit sozialistischen Heilsversprechen zu verzaubern, allerdings keine Lösungen anbieten konnte. Bei der Wahl am 7. Juli 2019 wurde die konservativ-liberale „Nea Dimokratia“ mit einem Zuwachs von fast 12 Prozentpunkten eindeutig gewählt. (mehr hier: <https://www.blicknachlinks.org/griechenland-greift-durch-deutsche-linksextreme-besetzen-haeuser/><https://www.blicknachlinks.org/griechenland-greift-durch-deutsche-linksextreme-besetzen-haeuser/>)

Balsam für die verletzte deutsche Seele

Ein Spruch, besser: eine Weisheit von Friedrich dem Großen:

„Kein Volk versinkt, das an sich glaubt; auch ich sah Sterne hell aus Nächten steigen. Einst kommt der Tag, da steht der Baum belaubt, und freies Volk wohnt unter seinen Zweigen.“

Zitat des Tages zu Künast-Beleidigungen

*von Nicolaus Fest *)*

„Laut Beschluß des Landgerichts Berlin darf Renate Künast mit Schmähungen belegt werden, die hier nicht wiederholt werden sollen. Der Beschluß ist grotesk, liegt aber auf der Linie vieler Gerichte, den Ehrenschatz für Politiker faktisch abzuschaffen. Nun zeigen sich gerade jene Medien empört, welche die Etikettierung von Alice Weidel als „Nazischlampe“ für satirische Hochkultur und hinnehmbar hielten. Allerdings hat Weidel, anders als Frau Künast, nie Unzucht mit Kindern als legitim verteidigt.“

Der Journalist **Nicolaus Fest** arbeitete nach seinem 2. Staatsexamen und seiner Promotion zum Dr. jur. zunächst einige Jahre für das Auktionshaus Sotheby's, dann für die Verlage Ebner Pressegesellschaft und Gruner + Jahr, von 2001 an für Axel Springer. Dort lange in der Chefredaktion von BILD, später bis zum Oktober 2014 stellvertretender Chefredakteur der BILD am SONNTAG. Seitdem freier Publizist. Politisch war immer ungebunden. Daher war der Wechsel in die Politik, den er im Herbst 2016 mit dem Eintritt in die Alternative für Deutschland vollzog, auch für ihn eine neue Erfahrung.

Zitat des Tages zum deutschen Sprachverlust

Von Peter Helmes

„Ein geistigeres und innigeres Element als die Sprache hat ein Volk nicht.“

Will ein Volk also nicht verlieren, wodurch es Volk ist, will es seine Art mit allen Eigentümlichkeiten bewahren, so hat es auf nichts mehr zu achten, als daß ihm seine Sprache nicht verdorben und zerstört werde.“

Ernst Moritz Arndt (1769 – 1860)

Das sollte man allen Kultusministern in die Hirne hauen, was aber ergebnislos sein wird. Wir ersetzen die deutsche Sprache, wo immer es geht: nicht nur durch „Denglish“ und ähnlichen Blödsinn, sondern vielmehr noch durch „Fremd-Interpretation“ bestehender deutscher Begriffe. Grundtenor: „Richtig“ ist nur noch, was „politisch korrekt“ ist.

Hinzu kommt die Verhunzung der Sprache im täglichen, auch medialen Umgang. Wenn man z. B. den ÖPNV nutzt, sieht man überall „Neudeutsch“.

Und sehr ärgerlich, weil gedankenlos: Die deutschen Grußformeln verschwinden. Aus „Guten Morgen“, „Guten Tag“ oder „Guten Abend“ wird mit erdrückender Geschwindigkeit immer mehr „Hallo“!

Den Rest zur Verhunzung der deutschen Sprache besorgt die Genderisierung – z. B. durch Wegfall der Geschlechtsformen. Usw. usw.

Zitat des Tages zum Klimawahn

Von Peter Helmes

Der Wahnsinn kennt keine Grenzen. Am schlimmsten: Es melden sich inzwischen immer mehr Leute zum Thema Klima zu Wort, die immer weniger Ahnung, aber dazu eine feste Meinung haben.

Ein Hochglanz-Stück geistigen Verfalls entnahm ich jetzt einem Hinweis meiner sehr geschätzten Kollegin Renate Sandvoß:

„Niemand sollte stolz darauf sein, gebaut zu haben – wegen des Klimas kann man sich dafür ebenso schämen wie für Autofahren und Fleischessen“.

Das erklärte ein gewisser Daniel Fuhrhop, Stadtentwicklungsexperte von der Universität Oldenburg, dem Nachrichtensender n-tv. 14,6 Prozent des CO₂-Ausstoßes stammten aus dem Gebäudesektor.

Man sollte den Mann zu den Experten vom PIK (Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung) schicken. Dort würde er die Riege um Schellnhuber gewiß um eine Unfugs-Potenz vergrößern.

***Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,
das mag für heute genügen.***

Ich wünsche Ihnen einen angenehmen, einigermaßen warmen und bunten Herbst, zudem den Schutz Gottes und, wie stets an dieser Stelle, uns allen eine bessere Politik.

*In diesem Sinne: mit herzlichen Grüßen und bestem Dank für Ihre Treue,
Ihr Peter Helmes
Hamburg, 9.10.2019*